

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

162 (16.7.1914)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postkassett Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Neue Steuern in Sicht.

An verdeckter Stelle der Berliner Politischen Nachrichten, einer Ablagerungsstätte für offiziöse Meldungen, die man nach Bedarf anerkennen und ableugnen kann, tut die preussische Regierung kund und zu wissen, daß der „Wehrbeitrag“ in Preußen nur 603 Millionen Mark einbringen wird. Die Kopfzahl der Bevölkerung Preußens zu jener des Reiches steht im Verhältnis von 40 zu 65. Wenn also die Steuerbeträge pro Kopf in den übrigen Ländern ebensoviel ergeben wie in Preußen, würde der Wehrbeitrag im ganzen Reich nicht ganz 980 Millionen Mark einbringen, die erhoffte Milliarde würde also nicht erreicht. Nun ist aber zu beachten, daß infolge der kapitalistischen Entwicklung Preußen relativ kapitalkräftiger ist als die meisten übrigen Bundesstaaten. Entspricht also die Ziffer von 603 Millionen Mark für Preußen der Wirklichkeit, dann ist ziemlich sicher, daß erheblich mehr als 20 Millionen an der Milliarde fehlen werden.

In der bürgerlichen Presse ist bereits der niedliche Familiensant in Schwunge, wer von den opferwütigen Patrioten am meisten bei den Steuerereinsparungen gemogelt hat. Das „Berliner Tageblatt“ prokt damit, daß die fünfzig deutschen Großstadtgebiete jedenfalls annähernd eine halbe Milliarde aufzubringen haben, obwohl sie nur 14 Millionen Einwohner zählen. Als wenn das etwas erstaunliches wäre! Der Wehrbeitrag ist von den Reichern zu entrichten. In den Großstädten wird nun von Proletariern sicher viel Mehrwert geschaffen, den die Kapitalisten an sich raffen. Aber außerdem sind die Großstädte der Wohnsitz der privaten Kapitalisten und der Aktiengesellschaften, für die Millionen von Proletariern auch in den Grundbesitz, in kleinen Städten und auf dem flachen Lande sich abradern. Der Schweiß der Heimarbeiter in den Dörfern Thüringens wird in den Großstädten zu Gold gemünzt. Hier ist auch der Sitz der Banken und der Richter, die die Handwerker, Krämer und Bauern auspressen und schließlich haben auch viele Großgrundbesitzer ihren Wohnsitz in den Städten. Da also in den Großstädten sich der Reichtum häuft, den die Arbeit des ganzen Landes schafft, so muß natürlich hier auch die Steuer am reichsten fließen. Das illustriert nur von neuem die Wahrheit, die der belgische Dichter Verhaere n ergreifend in seinen Gedichten über die Großstadtvolkpen sagt: „Das Land ist öd und sied, die Stadt verschlingt das Land.“ — Daß die Großgrundbesitzer dank der Rückgradlosigkeit der bürgerlichen Parteien die Möglichkeit erhielten, sich im hohen Grade von der Steuer zu drücken, versteht sich am Rande. — Die agrarische Presse wiederum wartet mit der Tatfache auf, daß das „mobile Kapital alle Schliche benütze, um dem Steuereinnahmer zu entfliehen.

Also — Steuerdrückeberger hüben wie drüben. Wir halten es mit Heines Donna Milba und ihrem Urteil über Rabbi und Mönch.

Über die Sache hat viel ernstere Bedeutung, denn der geringe Ertrag des „Wehrbeitrages“ legt die Gefahr nahe, daß die arbeitenden Massen in weit höherem Maße die Lasten der letzten Seeresvermehrung zu spüren bekommen werden, als vielfach geglaubt wurde. Es ging bekanntlich das schöne Spiel des „Nationalen Opfers“ in Szene: die Reichern sollten den Wehrbeitrag zahlen zur Deckung der einmaligen Ausgaben für Festungs- und Kasernenbauten, Geschütze, Gewehre und sonstigen Seeresbedarf. Die dauernden Ausgaben, die entstehen, weil die vergrößerte Armee unterhalten sein will, sollten gedeckt werden zum Teil durch die Vermögenszuwachssteuer, zum Teil durch Verbehalten der hohen Zuckerversteuer, zum Teil durch Stempelabgaben, die auf die arbeitenden Massen abgewälzt werden. Aber als im Juni vorigen Jahres diese tolle Steuerreform in dem bewilligungswütigen Reichstage durchgepeitscht wurde, war es bereits klar, daß von einer Deckung der neuen Ausgaben keine Rede ist. Die einmaligen Ausgaben waren „annähernd“ auf eine Milliarde veranschlagt und so viel sollte der Wehrbeitrag liefern. Aber mit der Deckung der dauernden Ausgaben hapert es: aufzubringen sind jährlich 186 Millionen; die neuen Quellen — Vermögenszuwachssteuer, Stempelsteuer und Verbehalten der hohen Zuckerversteuer, deren Herabsetzung wiederholt beschlossen war — ergeben bei optimistischer Schätzung nur 131 Millionen, 55 Millionen pro Jahr bleiben ungedeckt. Herr R i h n, der Schatzsekretär, tat aber sehr zuversichtlich: es werden halt die Einnahmen aus den Zöllen und indirekten Steuern wachsen. Außerdem wurde kalkuliert, daß der Wehrbeitrag mehr bringen würde, als zur Deckung der einmaligen Ausgaben notwendig ist und mit diesem Ueberschuß würde man dann für die nächsten Jahre wenigstens das Defizitloch stopfen. Nachträglich wurde dann noch das tolle Stück geleistet, daß die Einführung der Vermögenszuwachssteuer auf ein Jahr hinausgeschoben wurde, was ein Einnahmehausfall von 100 Millionen Mark bedeutet. Die Reichstagsmehrheit meinte, und die Regierung stimmte bei, daß das Geld halt auch aus dem Ueberschuß des Wehrbeitrages über die einmaligen Ausgaben

genommen werden soll. — Diese Milchmädchenrechnung ist also jetzt hin: der Topf liegt am Boden! Es wird fraglich, ob die einmaligen Ausgaben gedeckt werden, von Ueberschuß ist nicht mehr die Rede.

Man darf aber nicht vergessen, daß ohnehin die Reichsfinanzen in verzweifeltm Zustande sind. 1909 wurden durch die ungeheuerliche Brandbeschlagung der Bevölkerung mit neuen indirekten Steuern auf einen Schlag neue Reichseinnahmen im Betrage von nahezu einer halben Milliarde Mark geschaffen. Trotzdem war auch in der Zeit der Hochkonjunktur der Etat nur in Mäß und Krach zu bilanzieren. Nur das Jahr 1911 ergab einen Ueberschuß der Einnahmen über den Voranschlag. Von Schuldentilgung, die 1909 feierlich versprochen wurde, war nicht mehr die Rede, sondern es wurden jahraus, jahrein neue Schulden gemacht. Jetzt aber steht die Sache so: das am 31. März abgelassene Rechnungsjahr 1913/14 wird ein starkes Defizit ergeben, denn die Krise hat bewirkt, daß die Einnahmen aus Steuern und Zöllen weit hinter dem Voranschlag zurückbleiben. Es dürfte sich da um 80 bis 100 Millionen Mark handeln. In dem Etat für das laufende Jahr 1914/15 ist die Krise aber ebenfalls nicht genügend berücksichtigt, auch hier klappte ein Defizitloch. Dabei ist die Bilanzierung nur gelungen, indem man die noch verbleibenden zufälligen Ueberschüsse von 1911 zur Deckung der laufenden Einnahmen verwendete. Das Resultat ist also: das Reich kann die regelmäßigen Ausgaben nicht durch die regelmäßigen Einnahmen decken. Die Seeresvermehrung aber bedingt neue Mehrausgaben, für die ausreichende Deckung nicht geschaffen wurde. Ueberdies droht ein weiteres Defizit, weil die einmaligen Ausgaben durch den Wehrbeitrag wahrscheinlich nicht gedeckt werden.

Dieser Lauf der Dinge war vorauszu sehen. Alles deutet darauf hin, daß Regierung und bürgerliche Parteien alles daran setzen werden, um nachträglich die Lasten der wahren Seeresvermehrung diesen Massen aufzubürden. Man kündigt eine neue „Finanzreform“ an und versteht darunter nichts weiter als eine neue Brandbeschlagung der Volksmassen, ohne auch nur im geringsten an die Einschränkung der Ausgaben zu denken. Welche Pläne man dabei immer ausbeden mag, so bleibt doch sicher, daß die Massen dabei bluten sollen, daß es sich um neue indirekte Steuern und Staatsmonopole handelt, denn daß bei dem gegenwärtigen Reichstage wirksame direkte Steuern undenkbar sind, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Sozialdemokratischer Landespartei tag in Sachsen.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung des dritten Verhandlungstages bildete das Referat über die sächsische Politik und den nächsten Landtagswahlkampf. Der Referent F l e i s h n e r gab ein allgemeines Bild der Lage. Er behandelte die wichtigsten Fragen der sächsischen Politik, ging näher auf die bisherige Entwicklung ein und kennzeichnete besonders die traurige Rolle, die der sächsische Liberalismus gespielt hat. Bei der Erörterung des nationalliberal-fortschrittlichen Wahlbündnisses wies Redner besonders auf die Doppelzüngigkeit und die Aufschneidererei der liberalen Kartellbrüder hin. Daß der Kampf gegen die Konservativen mit aller Schärfe nach wie vor geführt werden müsse, sei selbstverständlich. In den wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Fragen haben wir in Sachsen tatsächlich eine einzige reaktionäre Masse gegen uns. Dem Wahlkampf gehen wir gerüstet und freudig entgegen. Ueber die Taktik im einzelnen wird später zu sprechen und zu beschließen sein. Die Liberalen mögen sich aber nicht einbilden, daß sie unsere Stimmen bei Stichwahlen ohne jede Voraussetzung erhalten. Jedenfalls gelte es, den Wahlkampf so intensiv wie möglich zu gestalten. Sachliche Stoff haben uns der letzte Landtag und die Reichspolitik in Fülle geliefert. — An der lebhaften Debatte beteiligten sich die Genossen Mollenhuth, Geier, Endermann und Lange. Einwendungen gegen das Referat und gegen die Tätigkeit der Landtagsfraktion wurden nicht erhoben. Die schon mitgeteilte Resolution gegen die Streikverordnung, die scharf gekennzeichnet worden war, wurde einstimmig angenommen. Die Landtagskandidaturen wurden ohne weiteres sanktioniert. Nur in zwei Kreisen sind noch keine Kandidaten vorgeschlagen. Der Antrag, die Zahl der Delegierten der Landesversammlung zu beschränken, wurde nach kurzer Besprechung gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Eine längere Diskussion entfiel dem Antrag Heilmann- Chemnitz, nach welchem dem Landesvorstand und den Bezirksvorständen je eine Genossin angehören muß. Die Begründung dieses Antrags fand lebhaften Widerspruch. Außer dem Antragsteller sprach nur noch die Genossin Dennig-Leipzig dafür. Die Vertreter der Parteifunktionen stellten unter Zustimmung der Landesversammlung fest, daß eine solche Notwendigkeit zu dieser Organisationsänderung nicht vorliege. Schließlich wurde der Antrag gegen 21 Stimmen abgelehnt. Für den Landesvorstand wurde außer den bisherigen Mitgliedern noch Genossin Gradnauer-Dresden vorgeschlagen. Die Stimmzettelnach ergab: Endermann 141, Schulze 129, Braune 122, Frau Gradnauer 85 Stimmen. Der alte Landesvorstand ist also wiedergebählt. — Der nächste Landespartei tag wird in Chemnitz abgehalten.

In einem Schlusswort sagte Gen. Lipinski-Leipzig das Ergebnis der Beratungen zusammen. Mit einem begeisterten Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie wurde dann der Partei tag geschlossen.

Deutsche Politik.

Wie die Kosaken in den Straßen von Petersburg.

Am Freitag beginnt vor der 1. Strafkammer des Landgerichts in Kiel die Hauptverhandlung gegen die Genossen J. K a r s k i und Karl K ö n i g wegen Beleidigung unseres herrlichen Kriegsheeres. Es ist das eine Erinnerung an die Heldentaten von Zabern. Dort sind bekanntlich Gerichtspersonen von den Mannen des Oberst Reuter auf der Straße verhaftet worden und Staatsanwalt Krause sagte dann als Zeuge in dem Prozeß, der sich an diese Vorgänge knüpfte, unter anderem: die Soldaten hätten sich benommen, wie die Kosaken in den Straßen von Petersburg. Genosse Karski knüpfte in seinem Artikel, der in der Kieler „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ und in anderen Parteiblättern erschien, an diesen Auspruch des berufenen Vertreters der Staatsautorität einige Bemerkungen und suchte zu ergründen, wie es denn komme, daß brave deutsche Soldaten sich benehmen „wie die Kosaken“, die mit Recht als Verkörperung der Roheit gelten. Er glaubte die Erklärung darin zu finden, daß das System des Militarismus überall, wo es besteht, zur Verrohung führt. In dieser Ausführung sah der Kriegsminister Herr v. Falkenhahn eine „Beleidigung der Angehörigen des preussischen Heeres, insbesondere der Offiziere und Unteroffiziere“ und stellte Strafantrag. Gen. Karski, der nicht den Vorzug hat, preussischer Untertan zu sein, wurde dann auf Veranlassung der Kieler Staatsanwaltschaft in Berlin-Steglitz verhaftet und hatte Gelegenheit, vom 8. bis 25. April im Moabiters Untersuchungsgefängnis über deutsche Knechtlichkeit nachzudenken, bis er gegen Bürgschaft freigelassen wurde. Jetzt wird er mit Gen. König, der den Artikel in dem Kieler Blatte verantwortlich zeichnete, vor Gericht stehen. So ergibt sich Gelegenheit, die Zaberner Vorgänge zu rekapitulieren und der Vertreter der objektlichsten Behörde wird die Aufgabe haben, zu beweisen, daß die Malträtierung der friedlichen Zaberner Bevölkerung und die Verhaftung von Rädern ein harmloser Spaß war, daß in dem herrlichen Kriegsheere von Roheit keine Spur ist, daß in Preußens Kasernen Kultur und Humanität blühen. Vielleicht kommt es freilich auch anders. — Die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Spiegel-Kiel und Dr. Rebi-Frankfurt a. M.

Die geängstigte Kölner Richtung.

Die Kölner Richtung fühlt sich durch die Vorgänge der letzten Zeit, so durch das Verbot des Wacker'schen Buches, durch den Brief des Bischofs von Como u. a., arg in die Enge getrieben. Die „Kölnische Volkszeitung“ richtet daher an ihre Anhänger einen Appell dem wir nachstehende Sätze entnehmen: „Es ist Pflicht, Anwendungen der Mutlosigkeit energisch zurückzudrängen. Wer stets Trost und Ermutigungen von außen braucht, beweist damit, daß es ihm an innerer Kraft fehlt. Darum sollen die deutschen Katholiken auch in diesen schwierigen Zeiten, in denen ihre bisherige Arbeit so ungerecht verkannt wird, zeigen, daß sie der Ermutigung und des Trostes nicht bedürfen, sondern ihnen das Bewußtsein genügt, für ihre große und gute Sache positive Arbeit zu verrichten, die schließlich wie alle positive Betätigung in sich selber stets den Erfolg findet. Das war ja stets das Unheil in den romanischen Ländern, in denen jetzt hauptsächlich die integralistischen Treiber ihre Stütze finden, daß sich die Katholiken dort oft immer nur nach äußeren Stützen, nach starken Männern und Symbolen umhauen, statt die eigenen Hände tüchtig zu führen. . . Wir stehen mitten im Kampfe und Fahnenflüchtige, die der Front den Rücken kehren, spielen in solchen ernsten Zeiten eine höchst unruhmliche Rolle. Möge die alte Karole der Arbeitsfreudigkeit der deutschen Katholiken aufs neue ihre volle Kraft bewahren und alle zu jener unerschütterlichen Bilanz zusammenschließen, die in drangvollen Zeiten so Schweres überwunden hat und die auch die anders gearteten Gefahren der Gegenwart siegreich zu überwinden vermag.“

Die enttäuschten Scharfmacher.

Das Sittenbleiben der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder beim Kaiserhoch hat der halboffiziösen Korrespondenz Both Anlaß gegeben, an einige leitende Parlamentarier eine Umfrage zu richten, um festzustellen, ob wegen des Sittenbleibens eine Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages geplant ist. Die Korrespondenz teilt nun mit, daß sich für Ordnungsstrafen nur konservative ausgesprochen haben und daß allgemein der Wunsch besteht, vorläufig nicht an der Geschäftsordnung zu rütteln. — Der „Deutschen Tagesztg.“ geht dieses Ergebnis der Rundfrage wider den Strich. Sie schreibt: „Im ganzen hat sich also herausgestellt, daß bei der nichtkonservativen bürgerlichen Parteien die anfangs vorhandene Stimmung für ein Vorgehen des Reichstages gegen die Sozialdemokratie alsbald wieder verfliegen ist und daß diese Parteien den antimonarchischen Herausforderungen der Sozialdemokratie nunmehr am liebsten durch Ausweichen „Beeagen“ möchten. Möge sich der Reichstag noch auf seine Pflicht besinnen.“

is
sere
auch
alitäten
klar
kon.
le
2364
Kaiserstr.
loßplatz.
uher:
zert
en
r. 14
an.
10
20
ie Preise.
2873
ang.
en Eintritt
ualität
isse
rk
r.
Adler“,
erer.
Tag.
st Müller.
en
durchschnittl.
lung bei Mege
nd in Körbn
gespreisen
(Baden)
289
rlsruhe.
R. Karl Ger-
J., Witwe des
3 Mon., 8 Pz.
edig. alt 1 J.
emeisters Franz
des Regiments
Standeskom-

Bomben her!

Die Scharfmacher sehnen sich nach einer kleinen Revolution, wie der Hirsch nach frischem Wasser. In dieser Richtung hat wieder einmal der Kammerherr v. Oldenburg-Januschau sein Herz ausgeschüttet. Es war auf dem Bezirks-Sommerfest des Bundes der Landwirte in Kreisau in Westpreußen, wo der edle Kammerherr als Festredner auftrat. Er hielt natürlich eine politische Rede, in der er sich also vernehmen ließ: „Der Kaiser hat verfassungsmäßig im Reich überhaupt nichts zu sagen. In Preußen ist es allerdings anders, aber bei der momentanen Nachgiebigkeit dem Reichstage gegenüber ist ja eigentlich das Ende abzusehen: daß wir immer mehr in eine parlamentarische Regierung hineingeraten. Es ist kolossal unerschämmt, wenn Leute, die das Regieren nicht gewohnt sind, vom Kaiser verlangen, daß er auf seine Rechte verzichtet, zugunsten einer Majorität im Reichstage, die stets schwankend sein wird, und die doch, wie man milde ausdrücken kann, stark beeinflusst ist durch die Sozialdemokratie. Wenn zu mir irgend jemand kommt und sagt: Nun geh mal hier weg, ich werde deinen Grundbesitz verwalten, dann muß er mindest den Beweis liefern, daß er es besser macht wie ich, sonst schmeiße ich ihn raus.“

Von dem Reichstagsabgeordneten Erzberger sagte von Oldenburg, dieser habe ihm recht gegeben, als er ihn bat, seinen Einfluß in der Zentrumsfraktion dahingehend geltend zu machen, daß der Reichstag einmal zwei Jahre lang keine Gesetze mehr machen möge. — Die Wahlprüfungskommission des Reichstags hat es dem Januschauer ganz besonders angetan und im Hinblick auf den Fall Soejak sagte er: „Wenn der Reichskanzler da wäre, der den Herren in die Parade fahren und jagen würde: „Dazu ist die Verfassung nicht da, daß sie in dieser Weise von Ihnen maltrahiert wird, ich jage Sie alle zum Teufel und lasse neu wählen“, dann würde die Wahlprüfungskommission wohl wieder zurückkehren zur früher geübten Praxis.“

Inzwischen war der Festredner im richtigen Fahrwasser. Er führte weiter aus: „Der Strom nach links wird unaußhaltbar breiter, dagegen immer schwächer der Stamm der Monarchie. Wir haben 111 Sozialdemokraten im Reichstage. Das ist noch nicht das schlimmste. Ich habe die Ueberzeugung, wenn man heute noch den Entschluß faßt, mit ihnen zu kämpfen, so würden wir ungeahnte Erfolge haben. Es würden ja zunächst eine Anzahl von Bomben geworfen werden, die müßten aber die beteiligten Minister betragen.“

Mit Bezug auf das Attentat in Serajewo führte Oldenburg zum Schluß aus: „Es genügt gar nicht mehr, einen Mörder, wie den in Serajewo, bloß aufzuhängen; mit dem muß noch ganz anders verfahren werden. Dann wird man sich mehr in Acht nehmen, sich als Märtyrer aufzuspielen.“

Also einige Bomben fehlen dem Januschauer und Konforten nur noch, und die Revolution von oben ist fertig. Wer wagt es?

Die drohenden sächsischen Konservativen.

Die Konservativen in Sachsen sind über das national-liberal-fortschrittliche Wahlabkommen sehr erbost. In einem Artikel, der durch die konservative Presse geht, wird gesagt: „Zieht man in Betracht und bedenkt man, daß sich die Position der Konservativen seit 1909 im Lande ganz merklich zu ihren Gunsten geändert hat, so wird die völlige Bedeutungslosigkeit des liberalen Wahlabkommens klar, wenn nicht eben dieses Abkommen noch einen geheim gehaltenen Teil enthält, der auch die Nationalliberalen zu jenem direkten Vorkäufeln mit der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen verpflichtet, zu dem sich die Fortschrittler von schon wiederholt ganz offen bereit erklärt haben. „Zum Schluß spielen die Konservativen den Haupttrumpf aus, indem sie kategorisch erklären: „Daß die Stichwahlhilfe den Fortschrittler nicht wieder zuteil werden wird, kann schon jetzt als feststehend betrachtet werden, und die Nationalliberalen werden beizeite Farbe bekennen müssen, warum sie sich den fortschrittlichen Bedingungen, vor der Hauptwahl keine Erklärung über die eventuelle Haltung bei den Stichwahlen abzugeben, gefügt haben.“

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution. Von Anatole France.

66 (Fortsetzung.) (Nachdr. verb.) Louis Longuemare, früher adlig und Kapuziner, hat sich schon lange in Frevel und Ausschweifung geübt, bevor er die verräterischen Akte beging, für die er sich hier zu verantworten hat. Er lebte in unzüchtlichem Verkehr mit dem Mädchen Gorcut, genannt Athenais, unter Brotteaux eigenem Dache; er ist der Komplize jenes Mädchens und jenes früheren Adligen. Während seiner Gast in der Conciergerie hat er Tag aus Tag ein Pamphlet geschrieben, in denen er die Freiheit und den öffentlichen Frieden angriff. In betreff der Marthe Gorcut, genannt Athenais, ist zu betonen, daß die Prostituierten die schlimmste Geißel der öffentlichen Sittlichkeit sind, die sie durch ihren Wandel verleben, und ein Schandfleck der Gesellschaft, die sie verderben. Aber weshalb auf so abstoßende Frevel eingehen, welche die Angeklagte selbst schamlos eingesteht? ... Auf diese Weise ging die Anklageschrift die vierundfünfzig anderen vorgeladenen durch, die weder Brotteaux noch den Vater Longuemare, noch die Bürgerin Rochemaure kannten, außer von flüchtigem Ansehen in den Gefängnissen, und trotzdem mit ihnen verwickelt sein sollten in die schändlichste Verschwörung dergleichen in den Annalen der Völker nicht zu finden ist. Die Anklage forderte für alle Beschuldigten den Tod. Brotteaux ward zuerst verhört. „Du hast konspiriert?“ „Nein, ich habe nicht konspiriert. Alles in der Anklageschrift, die ich eben vernommen, ist falsch.“ „Du siehst: noch in diesem Augenblick konspiriert du gegen das Gericht.“ Damit ging der Präsident zu Frau Rochemaure über, die mit verzweifelter Unschuldsbeteuerungen, mit Tränen und Spitzfindigkeiten antwortete. Der Vater Longuemare fügte sich ganz in Gottes Willen. Er hatte seine Verteidigungsschrift nicht einmal mitgebracht. Alle Fragen, die ihm gestellt wurden, beantwortete er mit tiefer Resignation. Nur als der Präsident ihn als Kapuziner anredete, erwachte der Mann in dem Greise. „Ich bin kein Kapuziner,“ sagte er, „ich bin Priester und Mönch des Ordens der Barnabiten.“ „Das ist das Gleiche“, erwiderte der Präsident gemächlich. Der Vater Longuemare blickte ihn entrüstet an: „Es gibt keinen seltsameren Irrtum“, sagte er, „als einen Kapuziner mit einem Mönche des Ordens der Barnabiten zu verwechseln, der seine Regeln vom Apostel Paulus selbst empfing.“ Allgemeines Gelächter und Hohnrufe waren die Antwort. Doch der Vater Longuemare, der dieses Hohngelächter für ein Zeichen ansah, daß man seinen Worten nicht glaubte erklärte, daß er als Mitglied des Ordens des heiligen Barnabas für die, dessen Kleid er im Herzen trüge. „Gestehst du“, fragte ihn der Präsident, „mit der Dirne Gorcut, genannt Athenais, die dir ihre schändliche Gunst erwies, konspiriert zu haben?“ Bei dieser Frage blickte der Barnabitenmönch in den Himmel und schrie: „Das war der Ausbruch der Ueberrauschung seiner lauterer Seele und seines mönchlichen Ernstes, der eitel Worte verschmähte.“ „Mädchen Gorcut“, fragte der Präsident die junge Athenais, „gestehst du, mit Brotteaux konspiriert zu haben?“ Sie erwiderte sanft: „Gott Brotteaux hat meines Wissens nur Gutes getan. Er ist ein Mann, wie viele sein sollten, und es gibt keinen Besseren. Wer das Gegenteil sagt, irrt sich. Weiter hab' ich nichts zu sagen.“ Der Präsident fragte sie, ob sie gestände, mit Brotteaux im Konfubinat gelebt zu haben. Sie verstand den Ausdruck nicht und er mußte ihr erklärt werden. Sobald sie aber begriff, was er bedeutete, antwortete sie, es hätte nur an ihm gelegen, er hätte sie aber nicht darum gebeten. Auf den Tränen erscholl Gelächter und der Präsident

Die „Sächs. Volkst. Nachr.“ schreiben zu dem Wahlabkommen: „Eine große Anzahl derer, die bisher mit der nationalliberalen Partei gestimmt haben, wird für nationalliberale Kandidaten nach dem eben abgeschlossenen Wahlabkommen nicht mehr zu haben sein. Die etlichen Tausend eingeschriebenen Mitglieder der Nationalliberalen, die sich an das Wahlabkommen vielleicht halten, machen alleine keine Wahlen, sondern die Mitläufer der Partei sind es, die den Ausschlag geben. Von diesen aber haben viele ihrer Enttäuschung über das Vorgehen der nationalliberalen Parteileitung, die sich mit dem Fortschritt, dem Verbündeten und Helfersbelfer der Sozialdemokratie, verbunden hat, schon deutlich Ausdruck gegeben.“

Klerikale Schulwünsche.

Der katholische Lehrerverein für Hessen hat die Regierung in einer Eingabe gebeten, in das neue Schulgesetz eine Bestimmung aufzunehmen, durch die die Städte verpflichtet werden, „sofern es eine größere Anzahl von Eltern verlangt, neben den Simultanschulen auch Konfessionschulen zu errichten.“ Weiter wünscht der Verein, die Möglichkeit der Umwandlung von Simultanschulen in Konfessionschulen sollte gesetzlich festgelegt werden. Der Hessische Landeslehrerverein dagegen fordert die unbedingte Durchführung der Simultanschule und die Aufhebung aller aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen Konfessionschulen.

Badische Politik.

Duftende Blüten aus dem klerikalen Lager.

Die „Correspondence catholique“, das Organ der klerikalen Integrität, befaßt sich in ihrer Nummer 27 mit der großen Versammlung, die unter dem Vorsitz des Zentrumsführers Lensing und in Anwesenheit Waders kirchlich in Dortmund getagt hat. Das katholische Center Wochenblatt schreibt gegen seine deutschen Glaubensbrüder: „Sie haben sich aufgeführt wie in einer Speisekarte, die „Christlichen“ Katholiken von Dortmund, da sie am Montag versammelt waren um den Index anzuspüren und mit ihren lärmenden „Hohs“ Wader Beifall zu brüllen, ihm, der eben von Rom verurteilt war. Wir haben es schon gewußt, daß das Deutschland Baden den Index nicht liebt, wie es im allgemeinen das verabscheut, was es mit seiner ganz preußischen Geringschätzung die „römische Kurie“ heißt. Vor sieben Jahren haben die integralen Katholiken eine interkonfessionelle Bismarckentdeckt, die mit ihrem geheimen Zentrum in Münster an der Aufhebung des Index arbeitete. Seit die „Correspondence de Rome“ tapferen Andenkens den Fuß auf dieses Wobernietens gesetzt, haben sich die Minister Ripern vor den Augen der Leute gerichtet. Aber jeder „gute“ deutsche Katholik, genannt Wademit, fährt fort, in seinem Herzen einen giftigen Haß gegen die Kongregation des Index zu nähren, die übrigens ihren Ursprung dem hl. Pius V. verdankt, dem ersten integralen Papst der modernen Zeit. Der „Katholische Anzeiger“ hat sich in der „Katholischen Zeitung“ von Dortmund (catholiques braillantes) gegen den hl. Gerichtshof, der Wader verurteilte, mündert und nicht so sehr, als daß er unsere Entrüstung hervorruft. Was uns wundert, ist der Umstand, daß in der ganzen katholischen belgischen Presse sich gegen die in Dortmund begangene antirömische Orgie keine Stimme erhoben hat. Sie scheint nicht zu wollen, daß man bei uns erfahre, daß die Ideen Waders, die Ideen des deutschen Zentrums von Rom verworfen sind.“

Der Haß und Abscheu sind unter den katholischen Glaubensgenossen gegenseitig. Das Trierer Bismarckorgan bewertete die andere Richtung als einen „Saufen ekelhaften Gewürm“, das „Düsseldorfer Tageblatt“ vom 14. Juli spricht gegenüber den Integralen von „verbrecherischen Schlingengewächsen“ an dem starken Baum der oberhirtlichen Gewalt, und Pfarrer Wader erklärt in seiner neuesten Rundmachung im „Badischen Beobachter“ (13. Juli), daß das Treiben seiner Widersacher ihn „nur mit Ekel erfüllen“ könne, es sei ihm schwer, die „Gefühle tiefer Verachtung“ zurückzudrängen. Der badischen integralen Geistlichen, der in der Graf Oppersdorffschen Zeitschrift „Amarheit und Wahrheit“ den Artikel des St. Wadoblatte bezüglich der Indizierung

Waders abdruckte (Siehe unsere gestrige Nummer), schilt der „Badische Beobachter“ in seiner gestrigen Nummer einen „anonymen integralen Verleumder“, den er „bei seinem Beruf nennen will“. Zum Schluß nennt er ihn dann noch einen „badischen integralen Quersopf“, der das 8. Gebot verlegt usw.

Das sind so einige Stichproben, die erkennen lassen, daß von der „christlichen Liebe“ nicht mehr viel übrig bleibt, wenn sich politisierende Kleriker in die Saare geraten.

Wader, der Wadere.

Geistlicher Rat Wader erinnert in einer Polemik mit der „Straßburger Post“ im „Badischen Beobachter“ (Nr. 190) an seine schriftliche Erklärung an das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg. In dieser heißt es im einleitenden Satz: „Was ich sprach (!) und schrieb, richtet sich in keiner Weise gegen die kirchliche Autorität und deren Träger.“

Demgegenüber sei festgestellt, daß Herr Wader in seiner Essener Rede, um die es sich hier handelt, gesprochen hat von „Stänker- und Quertreiberlementen weltlichen oder geistlichen Standes, und mögen sie noch so hoch gestellt sein, ich nehme keinen aus.“

Diesen Elementen könne man „nicht einmal die Rücksicht angedeihen lassen, die wir selbst dem ehrlichen (!) Begner und dem Feinde schulden“, er fügte sogar hinzu: „Die Quertreiber geistlichen Standes sind noch schwerer zu ertragen als die weltlichen Standes“. Sogar die Ehrlichkeit sprach Wader den geistlichen Quertreibern ab, auch den ganz hoch gestellten — er nimmt keinen aus! Dennoch will er nichts gegen die Träger der kirchlichen Autorität gesagt haben! Warum hat er denn diese Stellen seiner Rede in der später auf den Index gekommenen Broschüre, die eine erweiterte Wiedergabe seines Essener Vortrags sein soll, weggelassen? Ob Wader, der sich bekanntlich dem Urteil der Indexkongregation durch Erklärung vor dem erzbischöflichen Ordinariat unterwarf, endlich den Weiterverkauf seiner Essener Rede durch den katholischen (!) Verlag unterbunden hat, ist nicht bekannt geworden.

In Sachen Wader.

Wie der „Morgenpost“ von angeblich bestunterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist die Indizierung von Theodor Waders Schrift auf eine Anzeige des Erzbischofs von Köln Kardinal von Hartmann zurückzuführen. Der Kölner Erzbischof sei nach Vorschrift der Kurie zur Anzeige verpflichtet gewesen, da Wader die betreffende Rede seinerzeit in Essen, also im Sprengel des Kölner Erzbischofs, gehalten habe und da er die Broschüre ferner durch einen Verlag der Kölner Diözese habe veröffentlicht lassen. Auch sei die Komreise des Kardinals mit der Indizierung zeitlich zusammengefallen.

Der im Glashaus sitzt ...

Unter dieser Ueberschrift druckt in einer Polemik gegen die Freiburger „Volkswacht“ der „Bad. Beobachter“ in seiner gestrigen Nummer mit schmägender Begegnung einen Bericht des „Freiburger Boten“ über die Beurteilung des Gen. Marzloff-Freiburg zu 4 Wochen Gefängnis wegen Urkundenfälschung ab. Dabei bringt er die Bezeichnung „sozialdemokratischer Stadverordneter und Parteisekretär“ in Sperrdruck, worin man das Bestreben der schwarzen Korona erkennt, derartige unliebsame Vorkommnisse der gegnerischen Partei an die Hochstühle zu hängen und diese damit in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Ueberdies ist Marzloff gar nicht sozialdemokratischer Parteisekretär, sondern Arbeitersekretär, der in diesem seinem Verufe, um einen Klienten zu befriedigen, diese allerdings unüberlegte Handlung begangen hat; nicht aus Eignung oder schlechter Gesinnung. Das mögen sich die schwarzen Moralafrobaten gefälligst merken. Uebrigens hätten wir schon längst interessante Internas aus der Karlsruheer Zentrumspartei ausplaudern können, wenn wir wollten. Der Beobachter kann seine Spitzmarke „Der im Glashaus sitzt ...“ ruhig für sich behalten.

Uebrigens hätten wir schon längst interessante Internas aus der Karlsruheer Zentrumspartei ausplaudern können, wenn wir wollten. Der Beobachter kann seine Spitzmarke „Der im Glashaus sitzt ...“ ruhig für sich behalten.

len. Er hatte seine Verteidigungsschrift nicht einmal mitgebracht. Alle Fragen, die ihm gestellt wurden, beantwortete er mit tiefer Resignation. Nur als der Präsident ihn als Kapuziner anredete, erwachte der Mann in dem Greise.

„Ich bin kein Kapuziner,“ sagte er, „ich bin Priester und Mönch des Ordens der Barnabiten.“

„Das ist das Gleiche“, erwiderte der Präsident gemächlich.

Der Vater Longuemare blickte ihn entrüstet an: „Es gibt keinen seltsameren Irrtum“, sagte er, „als einen Kapuziner mit einem Mönche des Ordens der Barnabiten zu verwechseln, der seine Regeln vom Apostel Paulus selbst empfing.“

Allgemeines Gelächter und Hohnrufe waren die Antwort.

Doch der Vater Longuemare, der dieses Hohngelächter für ein Zeichen ansah, daß man seinen Worten nicht glaubte erklärte, daß er als Mitglied des Ordens des heiligen Barnabas für die, dessen Kleid er im Herzen trüge. „Gestehst du“, fragte ihn der Präsident, „mit der Dirne Gorcut, genannt Athenais, die dir ihre schändliche Gunst erwies, konspiriert zu haben?“

Bei dieser Frage blickte der Barnabitenmönch in den Himmel und schrie: „Das war der Ausbruch der Ueberrauschung seiner lauterer Seele und seines mönchlichen Ernstes, der eitel Worte verschmähte.“

„Mädchen Gorcut“, fragte der Präsident die junge Athenais, „gestehst du, mit Brotteaux konspiriert zu haben?“

Sie erwiderte sanft: „Gott Brotteaux hat meines Wissens nur Gutes getan. Er ist ein Mann, wie viele sein sollten, und es gibt keinen Besseren. Wer das Gegenteil sagt, irrt sich. Weiter hab' ich nichts zu sagen.“

Der Präsident fragte sie, ob sie gestände, mit Brotteaux im Konfubinat gelebt zu haben. Sie verstand den Ausdruck nicht und er mußte ihr erklärt werden. Sobald sie aber begriff, was er bedeutete, antwortete sie, es hätte nur an ihm gelegen, er hätte sie aber nicht darum gebeten.

Auf den Tränen erscholl Gelächter und der Präsident

drachte dem Mädchen Gorcut, sie vom Verhör auszuschießen, wenn sie noch weiter mit solchem Zynismus antwortete.

Da schimpfte sie ihn Geuchler, Fastnachtsmaske, Schmei und wie auf ihn, auf die Richter und Geschworenen Stichel von Schmähdungen aus, bis die Gendarmen sie von ihrer Bank fortgezerrt und hinausgeführt hatten.

Der Präsident verhörte hierauf kurz die anderen Angeklagten in der Reihenfolge, in der sie saßen. Einer, namens Rabette, antwortete, er hätte in dem Gefängnis, in dem er erst seit vier Tagen gefesselt hätte, nicht konspiriert können. Der Präsident wies darauf hin, daß diese Antwort in Betracht zu ziehen wäre, und hat die Geschworenen, dies zu tun. Ein gewisser Bellier gab die gleiche Antwort und der Präsident richtete an die Jury die gleiche Aufforderung zugunsten des Beklagten. Dieses Wohlwollen des Richters erschien als der Ausdruck einer löblichen Gerechtigkeit oder auch als Lohn für ihre Angeberei.

Der Vertreter der Anklage ergriff das Wort. Er erweiterte die Anklageschrift noch und stellte die Frage: „Stehst es fest, daß Maurice Brotteaux, Louise Rochemaure, Louis Longuemare, Marthe Gorcut, genannt Athenais, Eusebius Kocher, Peter Guyton-Fabulet, Marceline Desvoutis usw. usw. eine Verschwörung angezettelt haben, deren Mittel Mord, Hungerstot, Anfertigung falscher Assignate und falscher Münzen, Verberben der Moral und des öffentlichen Geistes und Aufstände in den Gefängnissen waren, deren Ziel der Bürgerkrieg, die Auflösung der Nationalversammlung und die Wiederherstellung des Königtums sind?“

Die Geschworenen zogen sich ins Beratungszimmer zurück. Sie stimmten Mann für Mann auf schuldig für alle Angeklagten, mit Ausnahme von Rabette und Bellier, die der Präsident und nach ihm der Vertreter der Anklage sozusagen aus dem Verfahren ausgeschlossen hatten. Garmelin begründete sein Verdict mit folgenden Worten: „Die Schuld der Angeklagten birgt in die Augen Ihre Verstrafung ist für die öffentliche Wohlfahrt wichtig, und sie selbst müssen ihre Sündhaftigkeit wünschen, als das einzige Mittel zur Sühnung ihrer Verbrechen.“

(Fortsetzung folgt.)

farfen... dung... Staats... der... in... bad... am... in die... Telop... ist dam... füllung... verwal... Die ne... und... waltung... darin... jugend... lösung... die Au... die Bef... löhnt... tagen... vor der... gen... tion... Wünd... Bespred... Zu... zund... Dann... Die C... De... des An... von ein... beherr... sicher... zu geb... Grinde... ten. D... dem W... angefel... Kaiser... die jogi... werden... sicher... Regie... ten la... der A... Wege... benen G... gen un... Anstell... eignet... Landes... Aufgebe... sigen U... stände... des Lan... verp... über a... Vertrau... Dienst... fahre... demokra... ten U... dem Ge... Recht... der Dien... gewähle... ein, ob... dem jed... rieren k... wohlw... Anrechte... den Ang... mit dem... Recht, al... erörterte... der Anst... alle Fall... dazu... wäre. V... nehmig... stellung... herein d... im F... In... der An... die wied... Fraueng... die groß... Jugend... Die... riere ein... kleinen U... schon ver... in Fünf... weniger... jüngste... nehmen... glanzvoll... fraten be... scher G... dochsch... träftig... die B... aus Ver... in Kar... Die... dochsch... schicht... schäden... ihrer an... zu einer... sie Besch... des, eine... Bon... lob sich a...

Keine weitere Verwendung von Beamtinnen an den Fahrkartenschaltern. Das Finanzministerium hat mit der Verwendung von Beamtinnen an den Fahrkartenschaltern der badischen Staatsbahnen gebrühen, nachdem die Generaldirektion bei der versuchsweisen ausschließlichen Verwendung von Beamten in Mannheim an den Fahrkartenschaltern des dortigen Hauptbahnhofs gute Erfolge erzielt hatte. Die Zurückziehung der Beamtinnen aus dem Schalterdienst soll schon in den nächsten Wochen erfolgen; das Arbeitsgebiet der „Schalterdamen“ wird nun in die Berechnungsbureau, Güterstellen, Telegraphen- und Telefonbureau verlegt. Die mittlere Beamtinnenlaufbahn ist damit auf den Aussterbedienst gesetzt, weil künftighin eine Anstellung von weiblichem Personal bei der badischen Eisenbahnverwaltung nur noch als Unterbeamtinnen erfolgen soll.

Die neue Lohnordnung der badischen Eisenbahnarbeiter. Die neue Lohnordnung für die ständigen Arbeiter des Betriebs- und Bahnunterhaltungsdienstes der badischen Staatsbahnverwaltung wird in diesen Tagen ausgegeben. Neu festgelegt ist darin u. a. der Beginn des Lohndienstalters, die Höhe der jungen, jugendlichen Arbeiter, die Stellenzulage bei stundenweiser Abrechnung der Bahnarbeiter. Bemerkenswert ist vor allem die Bestimmung, daß Arbeiter, die nur für die Arbeitstage entlohnt werden, künftig für alle Arbeiten an Sonn- und Feiertagen den einmahligen Tagelohn erhalten. Wesentlich haben vor der Festlegung dieser neuen Lohnordnung im Dezember vorigen Jahres ausgedehnte Sitzungen zwischen der Generaldirektion und den Arbeiterausschüssen stattgefunden, in denen die Wünsche der Arbeiterschaft der Staatsbahnen einer eingehenden Besprechung unterzogen wurde.

Ortskrankenkassentag.

K. Darmstadt, 14. Juli.

Zu Beginn der heutigen Sitzung erteilte die Versammlung zunächst auf Antrag der Revisionen dem Vorstände Entlassung. Dann referierte Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal über

Die Entwicklung des Kassenbeamtenechts seit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung.

Der Redner gab zunächst ein Bild von den Grundlagen des Angestelltenrechts in der Reichsversicherungsordnung, das von einem fortschrittlichen und rücksichtlichen Geiste zugleich beherrscht werde. Auf der ersten Seite suche die Reichsversicherungsordnung dem Dienstverhältnisse einen sozialen Inhalt zu geben, auf der anderen Seite erstrebe sie aus politischen Gründen die Festlegung der Krankenkassen und ihrer Angestellten. Die Hauptverbände deutscher Ortskrankenkassen haben auf dem Wege eines Tarifvertrages mit dem Verband der Bureauangestellten eine Kooperationsvereinbarung mit dem Reichsversicherungsamt eingegangen, in der die Interessen beider Parteien in der sozialpolitischen Seite des Dienstvertrages besonders betont werden. Dagegen bieten die zur Ausführung der Reichsversicherungsordnung berufenen Behörden, voran die preussische Regierung, alles auf, die Freiheit der Krankenkassen und die staatsbürgerlichen Rechte der Angestellten einzuschränken. Einmal auf dem Wege des für die Dienstordnung in der Krankenkasse vorgeschriebenen Genehmigungsverfahrens, in die man Prüfungsordnungen und Prüfungsausschüsse hineinzubringen sucht, die das Anstellungsrecht der Krankenkassenbestände auszuhalten geeignet sind. Das andere Mal dadurch, daß Preußen durch Landesverordnungen und Landesgesetz allen mit Anrecht auf Ruhegehalt Angestellten die Rechte und Pflichten der gemeindlichen Beamten zu übertragen im Begriffe ist. Dadurch werden diese Angestellten der Disziplinargewalt der Krankenkassenverbände entzogen und derjenigen der Staatsbehörden, vor allem des Landrates, überantwortet. Sie werden zum Treueid verpflichtet und sollen, wenn sie durch ihr Verhalten in oder außerhalb der Ämter die Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, das ihr Beruf erfordert, unwürdig zeigen, mit Disziplinarstrafe bestraft werden. Redner erörtert die Gesamtheit dieser Bestimmungen, nicht nur für sozialdemokratisch, sondern für alle freiheitlich gesinnten Angestellten. Das Vorgehen Preußens widerspreche dem Geiste des § 84 der R.V.O., der den Angestellten das Recht der religiösen und politischen Betrugungen außerhalb der Dienstverhältnisse und der Ausübung des Vereinsrechts gewährt. Justizrat Dr. Mayer ging dann auf die Frage ein, ob Krankenkassen und Angestellte diesen Schlag Preußens, dem jedenfalls auch andere Bundesstaaten folgen werden, parieren könnten. Er könne nicht empfehlen, daß — abgesehen von wohlüberlegenen Rechten — die Krankenkassen künftighin keine Anrechte auf Ruhegehalt mehr gewähren sollten; doch solle man den Angestellten das Recht einräumen, zwischen einer Anstellung mit dem Rechte auf Ruhegehalt oder einer solchen ohne dieses Recht, aber mit einer Gehaltszulage wählen zu dürfen. Dabei erörterte der Redner eingehend die verschiedenen Möglichkeiten der Anstellung mit Anrecht auf Ruhegehalt. Dazu gehöre auf alle Fälle nicht die Pflicht des Angestellten, einer öffentlichen oder privaten Pensionversicherungsanstalt beizutreten, wenn dazu die Krankenkasse keine Beiträge zu leisten verbunden wäre. Auf diesem Wege würde auch das Erfordernis der Genehmigung des Oberversicherungsamtes bei jeder einzelnen Anstellung ausgeglichen. Dieses Erfordernis könne von vornherein die Anstellung jedes politisch, Mißliebigen verhindern. Im Interesse des sozialen Friedens sei es

aufserordentlich zu bedauern, daß Preußen wieder einmal an der Spitze des sozialen Rückschrittes marschiere. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion über das Referat wird zurückgestellt und zunächst das Referat über

Salvarianbehandlung der Syphilis

von Professor Dr. Herzheimer, Frankfurt a. M. entgegengenommen. Im Frankfurter Städtischen Krankenhaus wurden in den letzten vier Jahren 11 500 Syphilitische mit Salvarian behandelt. Man kann sich also ein Urteil erlauben. Das Charakterbild steht fest. Es ist viel von den Nebenwirkungen, die das Salvarian hervorruft, geredet worden. Bei unseren 11 500 Fällen sind nur einige vorübergehende Nüchternungen vorgekommen, Todesfälle und Erbfindungen sind nicht beobachtet worden. Der Arzt hat das Recht, das Salvarian seinen Patienten anzuweisen zu lassen. Es fragt sich aber, hat der Arzt die Pflicht, mit Salvarian zu behandeln? Im Frankfurter Krankenhaus wird die kombinierte Salvarian-Quecksilbermethode angewandt und sind damit sehr gute Erfolge erzielt worden. Von den Patienten im ersten Stadium konnte bei 97 Proz. Freiheit von Rückfällen konstatiert werden. Das ist ein eminentes Fortschritt. Besonders wenn man bedenkt, daß die Patienten das zweite und dritte Jahr — das als das fürchtbarste bei Syphilis bezeichnet wird — passierten. Die Resultate berechtigen, der Zukunft der Patienten mit Vertrauen entgegen zu sehen. Referent bespricht dann die Wirkungen der Salvarianbehandlung im zweiten und dritten Stadium. Auch bei der Rückenmarkschwindel gelang es uns, mit der Salvarian-Quecksilbermethode bessere Erfolge zu erreichen als mit der Quecksilbermethode. Von der Schirmerweiterung gilt das gleiche. Der Syphilis des Herzens ist eine größere Bedeutung zuzuschreiben, als man bisher annahm. Dreiviertel der Erkrankungen der großen Herzschlagader beruhen auf Syphilis. Es ist zu untersuchen, ob die Salvarianbehandlung auch für die Allgemeinheit wertvoller ist, wie die frühere Quecksilbermethode. Redner weist nach, daß die Ansteckungsgefahr weit geringer ist. Auch der Einfluß des Salvarians auf die exerbte Syphilis, der Syphilis der Frucht, ist sehr günstig. Während bisher bei syphilitischen Frauen die Hälfte der lebend zur Welt gebrachten Kinder sehr gering war, betrug bei Salvarianbehandlung der Prozentsatz 98, ohne syphilitische Erscheinungen. Bei der Salvarianbehandlung werden auch bedeutende Ersparnisse gemacht, da die Zeit der Kur sehr abgekürzt ist. In Frankreich sterben jährlich 20 000 Menschen durch die Syphilis; das Verhältnis ist 1:1000. Danach würden in Frankfurt jährlich 460 Menschen an Syphilis sterben. Diese Zahl ist aber viel ungenügend gegriffen, deshalb, weil nur ein kleiner Teil der Reiden zur Section kommt. In vielen Fällen wird eine Diagnose nicht gestellt. Wir haben alle Veranlassung, in der Bekämpfung der Syphilis das neue Mittel, das wir als das bessere anerkannt haben, anzunehmen. (Lebh. Beifall.) Der Referent legte folgende Leitfäden vor:

Bei jedem syphilitisch erkrankten Menschen ist, je frühzeitiger desto besser, eine kombinierte Salvarian-Quecksilberbehandlung einzuleiten.

Das Salvarian soll nach genauer Untersuchung des Patienten im Krankenhaus angewandt werden, wo der Patient mindestens die nächsten 24 Stunden verbleiben soll. Durch diese Kur wird der Ansteckungsgefahr anderen Menschen und speziell der Familie gegenüber nach dem heutigen Stande der Wissenschaft am besten entgegengewirkt.

Da durch die genannte Behandlung die Syphilis geheilt wird oder doch die Rückfälle außerordentlich eingeschränkt werden, so erwächst, neben den Vorteilen für die Patienten und für die Allgemeinheit, auch für die Krankenkassen ein sehr wesentlicher finanzieller Vorteil.

In der Diskussion erklärte zunächst Vorsitzender Fräyhof, Dresden, die Wirkung des Vortrages werde eine günstige sein. Die Beforgnis, daß die Salvarianbehandlung gewissen Schaden in sich birgt, werde schwinden. Wir müssen uns auf den Boden der Wissenschaft stellen. Diesen Standpunkt, der uns eben vorgetragen worden ist, werden auch wir als Grundlage in der Bekämpfung der Syphilis nehmen. Wenn wir in diesem Sinne tätig sind, dienen wir nicht nur unserer Klasse, sondern dem ganzen Volke. Wir können Professor Herzheimer für seinen Vortrag nur danken. (Lebhafte Beifall.)

Gräfin Frankfort a. M.: Altmeyer erklärt bedauert, wegen Krankheit an dieser Versammlung nicht teilnehmen zu können. — Wie wollen wir uns zur finanziellen Seite stellen? Salvarian ist sehr teuer. Wir müssen es aber bezahlen, solange wir keine billigeren Mittel haben. Verlust mußte werden, auf den Preis einzuwirken. Im Auftrage des Hauptverbandes habe ich mit den höchsten Farbwerten die Abmachung getroffen, daß für die Krankenkassen eine Preisreduzierung eintritt. Von den Krankenkassen kann nicht verlangt werden, daß sie die Injektionen bei dem Verpflegungssätze von 2,20 M. oder 2,50 M. vornehmen. Diese müssen besonders veranlagt werden. Die Abmachung mit den höchsten Farbwerten geht nun dahin, daß die Krankenkassen auf alle eingezeichneten Rechnungen über Salvarianbehandlung 10 Prozent erhalten.

W. E. H. Karlsruhe: Man muß auch den Gegner hören. Wir als Laien können keine Entscheidung fassen. Der Preis des Salvarians müßte auch viel geringer sein. Ich bitte, die Entscheidung abzulehnen.

Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal: Die Gelehrten sind sich in dieser Frage einig. Wir haben keine Möglichkeit, uns in den Streit einzulassen, den Anhänger der Naturheilmethoden entzückt haben.

Prof. Dr. Herzheimer (Schlußwort): Wir haben 11 500 Patienten ohne wesentliche Unfälle behandelt. Es gibt kein Mittel, das nicht ab und zu einen Unfall hervorruft. Es ist also klar, daß die Salvarian-Quecksilbermethode, vorzüglich angewandt, das Beste ist, was wir haben, weil sie die besten Resultate bei möglichst geringer Gefährdung der Patienten hervorbringt. Als Arzt bin ich verpflichtet, die Patienten mit dem besten Mittel zu behandeln, das ich kenne. Das ist die Salvarian-Quecksilbermethode, an die ich sehr zögernd herangehen bin. (Lebhafte Beifall.) Die Leitfäden des Referenten werden hierauf gegen 2 Stimmen angenommen.

In der Diskussion zu dem Referat des Justizrats Dr. Mayer über die Entwicklung des Kassenbeamtenechts sprach nur Reichstagsabgeordneter Siebel-Verlin: Er wies als Vertreter des Verbandes der Bureauangestellten darauf hin, daß auch die tarifliche Musterdienstordnung ein Bestandteil der Tarifgemeinschaft sei und gleich dieser von den Kassen beachtet werden müsse. Die Praxis habe gezeigt, daß diese Dienstordnung rechtlich einwandfrei ist; denn von einer Anzahl Oberversicherungsämter seien bereits Dienstordnungen, die der tariflichen entsprechen, genehmigt. Der Redner behandelte im Zusammenhang mit der preussischen Handhabung des § 84 der R.V.O. das jüngst erschienene Regulative über die Anstellungsbedingungen der Kassenbeamten, denen die Rechte und Pflichten der gemeindlichen Beamten übertragen werden. Er weist hin auf die rechtlichen Widersprüche und zum Teil ungeschicklichen Bestimmungen und namentlich darauf, wie gerade dieses Regulative den Arbeitgebern und Versicherern in den Kassenverbänden zeigt, daß alles darauf abzielt, die Selbstverwaltung dieser beiden Vertretergruppen zugunsten der Staatsbehörden zu verdrängen. Es sei Pflicht der Kassenverbände, wachsam zu sein und unter Anwendung der gesetzlichen Rechtsmittel die Interessen der Kassen zu verteidigen, mit denen in dieser Frage die Interessen der Kassenangestellten übereinstimmen.

Ueber das Berliner Kerzenabkommen

Am 23. Dezember 1913 berichtet Rechtsanwalt Dr. Baum-Berlin, worauf Fräyhof um Annahme folgender Entschlie-ßung erjudet:

Die 21. Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen erkennt das Berliner Einigungsabkommen vom 23. Dezember 1913 grundsätzlich an.

Sie verpflichtet die Verbandskassen im besonderen, die in Abschnitt II des Abkommens vorgesehenen Beiträge zur Abfindung der während der Konfliktzeit angenommenen Ärzte zu entrichten.

Das soll auch geschehen in den süddeutschen Staaten, in welchen besondere Abkommen bestehen, wenn die dort tätigen Kassenärzte sich gleichfalls auf den Boden des Abkommens stellen und sich an der Aufbringung der Mittel, wie im Berliner Abkommen vorgesehen, beteiligen.

Ein Schlusssatz wurde abgelehnt und gegen eine starke Minderheit die weitere Debatte auf Mittwoch verlag.

Kommunalpolitik.

r. Der vergebliche Herr Bürgermeister von Bruchhausen.

In nicht geringer Aufregung kam am Samstag die Einwohnerschaft der Gemeinde Bruchhausen. Morgens um halb 5 Uhr kam die Ortspolizei und machte bekannt, daß am selbigen Tag von 6 Uhr morgens bis abends 7 Uhr ein Scharschießen stattfinden würde. Die Leute waren zum Teil schon auf dem Felde. Der Bürgermeister rammte nun, was er konnte, auf dem Feld herum und machte die Leute auf das Schießen aufmerksam, mit dem Bemerkens, daß er die Sache ganz persönlich habe, sonst hätte er es früher bekannt machen lassen. Wir glauben, ein Bürgermeister, der sich zu solch einem Amte wählen läßt, sollte sein Amt auch gewissenhaft verwalten. Welches Unglück hätte bei dieser Leichtfertigkeit entstehen können? Uebrigens ist es bei uns nichts neues, daß ähnliche Vergeßlichkeiten vorkommen. Es wäre uns nur interessant, zu erfahren, ob der Bürgermeister auch einmal vergißt, sein Gehalt zu holen. Das wird ihm sicher nie passieren.

Förderung des Kleinwohnungsbaues in Mannheim. Die von der Stadt mit der Rheinischen Hypothekendarlehenbank abgeschlossene Vereinbarung über die Bewilligung hypothekensicherter 2. Hypotheken für den Kleinwohnungsbau ist jetzt perfekt geworden. Der Abschluß der gleichen Vereinbarung mit der städtischen Sparkasse wird in nächster Zeit erfolgen. Diese Vereinbarungen sollen mitwirken den Kleinwohnungsbaue zu fördern und finanziell zu unterstützen.

Gemeinnützige Baubestrebungen in Mannheim. Von zwei Seiten wird in Mannheim die Errichtung einer Gartenstadt angestrebt, von der gemeinnützigen Gartenheim-Baugenossenschaft Mannheim, Privatangehörigen und Beamten und von der Terrängesellschaft Neu-Ostheim. Um die Gartenstadtbestrebungen einheitlich zu organisieren, fand dieser Tage unter dem Vorsitz des Handelskammerpräsidenten Kommerzienrat Engelhard eine Versammlung statt, in der der Direktor der Terrängesellschaft Neu-Ostheim ein Referat erstattete. In der Diskussion, die sich an den Vortrag angeschlossen, beteiligte sich auch der Landeswohnungsinpektor für Baden, Dr. Kampfmeyer. Den Standpunkt der Stadt in der Frage, legte Bürgermeister Dr. Finter dar. Auf dessen Vorschlag wurde später eine Kommission von 9 Mitgliedern gewählt, die sogleich den Versuch machen sollen, die noch widerstreitenden Parteien zu einer Einigung zu bringen. In diese Kommission wurden einstimmig folgende Herren gewählt: Bürgermeister Dr. Finter als Vorsitzender; Rechtsanwalt Dr. Gustav Mayer für den Spar- und Bauterein, Revision Gehring für die Garten-Vorstadt, Telegraphenreferent Braun als Vertreter der Reichsbeamten, Professor Wendler als Vertreter der Staatsbeamten, Oberstadtssekretär Seeger als Vertreter der Kommunalbeamten und die Privatangehörigen Renges, Stolzenburg und Enter.

Die Elektrizitätsversorgung Mittelbadens. Unter verschiedenen Städten Mittelbadens ist seit einiger Zeit eine Bewegung im Gange, eine „Mittelbadische Bahn- und Elektrizitätsgesellschaft“ ins Leben zu rufen. Der Sitz der Gesellschaft ist Karlsruhe und ihr sollen angehören die Städte Karlsruhe, Rastatt und Bruchsal, die Rheinische Schindertgesellschaft und Brown, Boveri u. Co. Das Aktienkapital soll 3 Millionen betragen. Der Stadtrat von Bruchsal hat sich nun in seiner letzten Sitzung eingehend mit dem Projekt beschäftigt und den einstimmigen Beschluß gefaßt, der Gesellschaft beizutreten. Durch den Beitritt der Stadt Bruchsal in diese Gesellschaft ist die in Bruchsal lebhaft ventilirte Frage der Errichtung eines eigenen Elektrizitätswerks gefallen. Auch der Gemeinderat Rastatt hat sich für den Beitritt in die Gesellschaft erklärt. Die Verhandlungen sollen alsbald zu Ende geführt werden.

Der Städtetag der mittleren Städte Badens, der dieses Jahr in Weingarten tagte, wählte Säckingen als Ort für die nächste Tagung. Der geschäftsführende Ausschuss wurde durch Wahl des Bürgermeisters Schenau-Bretten ergänzt.

Gaseinheitspreis in Freiburg. Der Stadtrat von Freiburg hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Zustimmung des Bürgerausschusses zur Einführung des Gaseinheitspreises mit 15 Pf. für den Kubimeter herbeizuführen.

Gräfin und Millionärin.

In der „W. Z. am Mittag“ finden wir folgende Schilderung der Karriere eines ehemaligen weiblichen Fürstlings, die wiederum zeigt, wie ein hübsches und intelligentes junges Frauenzimmer, auch wenn ihm formale Bildung völlig abgeht, die große Dame zu spielen und der männlichen „goldenen Jugend“ das Geld aus der Tasche zu ziehen vermag:

Die Kriminalbehörden haben vor einigen Tagen der Karriere einer jungen Berliner ein Ende gemacht, die aus sehr kleinen Verhältnissen stammt und in ihrer frühesten Jugend schon verschiedene Streiche verübt hat, die dazu führten, daß sie in Fürstlingsgegend gegeben wurde, sich dann aber im Laufe weniger Jahre zur großen Weltbühne wandelte und bis in die jüngste Zeit als mehrfache Millionärin und Gräfin in der vornehmsten Welt eine Rolle gespielt hat. Das Geld zu ihrem glanzvollen Auftreten hat sie sich von mehreren jungen Aristokraten verschafft, bis einer der Betrogenen, ein süddeutscher Graf, mißtrauisch wurde und Anzeige erstattete. Die Hochstaplerin, die verschiedentlich als Gräfin Zichy und Gräfin Desfalchi aufgetreten ist, in Wirklichkeit aber die 26 Jahre alte Schneiderstochter Gertrud Kampmann aus Berlin ist, befindet sich jetzt im Untersuchungsgefängnis in Karlsruhe inhaft.

Die talentvolle Schwindlerin begann ihre Laufbahn als Hochstaplerin gleich nach ihrer Entlassung aus der Fürstlingsgegend, begnügte sich aber am Anfang ihrer „Karriere“ als schlicht bürgerliche Frau Ferrari Gastrollen in verschiedenen Städten Deutschlands und Oesterreichs zu geben. Sie reiste mit ihrer angeblichen Schwester Lia Ferrari, die vor einem Jahre zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden ist, weil sie Wechsel auf hohe Summen mit der Unterschrift ihres Freundes, eines hohen österreichischen Aristokraten, gefälscht hatte.

Von dieser „Schwester“ trennte sie sich aber sehr bald, erlaubte sich zur Gräfin Zichy, kam als solche Eingang in die besten

Streife in Deutschland und schlopfte mehrere junge Aristokraten ihrer Bekanntheit um hohe Summen. Es kamen im Laufe der Jahre mehrere Hunderttausende zusammen, denn die Frau Gräfin trieb einen sehr großen Aufwand, wohnte nur in den vornehmsten Hotels und führte stets eine große Dienerschaft mit sich.

Vor etwa zwei Jahren lernte ein süddeutscher Graf die Hochstaplerin in Montreux kennen. Da nannte sie sich aber nicht Gräfin Zichy, sondern Ellen Terry, gab sich für die Gattin eines reichen Plantagenbesizers aus Buenos Aires aus, von dem sie sich habe scheiden lassen und der noch einige Millionen an sie zu zahlen habe. Sie lebte damals auf sehr großem Fuß, reiste mit ihrer siebenjährigen Tochter, Gouvernante, Kammerfrau, Dienern in zwei Automobilen und bewohnte im vornehmsten Hotel von Montreux eine ganze Etage. Die dem Grafen hat die Schwindlerin in einem Jahr 130 000 M. abgenommen.

Als die Millionen aus Buenos Aires aber immer noch nicht kamen, wurde der Graf schließlich mißtrauisch, fragte in Buenos Aires an und erhielt die Auskunft, daß es dort zwar einen reichen Plantagenbesizer Ferry gebe, daß dieser aber nie verheiratet gewesen sei. Der Graf veranlaßte daher die Verhaftung der Hochstaplerin. Die angebliche Millionärin wurde aber noch einiger Zeit wieder freigelassen, da es nicht gelang, ihr eine betrügerische Absicht nachzuweisen.

Nach diesem Abenteuer kehrte die Hochstaplerin wieder nach Deutschland zurück, legte aber den Namen Ellen Terry ab und trat als Gräfin Desfalchi wieder in die hohe Aristokratie ein. In Karlsruhe fand sie andere Opfer, auf deren Kosten sie ihr luxuriöses Leben bestritt, bis sie auf mehrere neue Angewandte dort wieder verhaftet wurde. In Karlsruhe stellte sich dann heraus, daß sie in Wirklichkeit Gertrud Kampmann heißt und aus Berlin stammt. Die Untersuchungsbehörden sind jetzt bemüht, die vielen noch dunklen Strecken auf dem Lebenswege der Frau „Gräfin“ aufzuklären.

Diessingen, 16. Juli. Die am Montag, Dienstag und Mittwoch stattgefundenen Bürgerauswahlgewahlen brachten unserer Partei einen schönen Erfolg. In der 3. Klasse erhielt die sozialdemokratische Liste 7 und die bürgerliche 3 Mandate, in der 2. Klasse die Sozialdemokratie 5 und die Bürgerlichen ebenfalls 5 und in der 1. Klasse die Sozialdemokratie 8 und die Bürgerlichen 7 Mandate. Es wurden somit 15 sozialdemokratische und 15 bürgerliche Bürgerauswahlmänner gewählt.

Arbeiterwohnen auf der Straßenbahn in Freiburg. Der Bürgerausschuss von Freiburg hat sich kürzlich für die Einführung von Arbeiterwohnen auf der Straßenbahn ausgesprochen. Nun hat der Stadtrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, dem Ausschuss eine Vorlage über die Einführung von Arbeiterwohnen zu machen, und zwar sollen Karten für täglich zwei oder vier Fahrten ausgegeben werden. Die Gültigkeitsdauer der Karten soll auf 2 Monate herabgesetzt und der Preis auf 5 Pf. für die Fahrt festgesetzt werden.

Fortschritte der Elektrizitätsversorgung. Die Gemeinden des Amtsbezirks Donaueschingen schlossen mit dem Kraftwerk Laufenburg einen Vertrag ab, wonach sie für die Dauer von 15 Jahren Strom vom dem Kraftwerk Laufenburg zu einem Bezugspreis von 15 Pf. für die niederspannungsfähig gemessene Kilowattstunde erhalten.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 16. Juli.

Die Errichtung einer Milchzentrale in Karlsruhe.

C. Die Milchhändler.

H. S. Die Behauptung, daß durch die Errichtung einer Milchzentrale hunderte von kleinen Existenzen brotlos gemacht würden und die weitere Behauptung, daß sich die sozialdemokratische Fraktion ganz kalt über die Vernichtung dieser Existenzen hinwegsetze, macht es notwendig, daß wir auch hierzu unsere Stellungnahme klar legen. Es seien zunächst einmal die Hauptgründe der Milchhändler gegen die Milchzentrale näher betrachtet. Von einigen Ausnahmen abgesehen, laufen die Milchhändler, allen voran die Kleinsten der Kleinen, gegen die zu errichtende Zentrale Sturm. Es wird von ihnen allen ernstes behauptet, daß die in einer Milchzentrale behandelte und von ihr gelieferte Milch als nicht mehr vollwertig bezeichnet werden könne, die Konsumenten würden viel lieber die Milch von den Milchhändlern als von der Zentrale beziehen. Ueber diesen Grund kann man in eine ernsthafte Diskussion nicht eintreten, er muß als in der Hitze des Gefechts von Seiten der Milchhändler gefallen bezeichnet werden. Weiter wird von den Milchhändlern behauptet, daß die zu errichtende Zentrale sämtlich Frisko machen würde und dadurch das Geld der Steuerzahler nutzlos verschwendet werde. Hierzu ist zu bemerken, daß es an sich ein Unsinn ist, einen Betrieb, der noch gar nicht eröffnet ist und noch gar nicht gezeigt hat, was er leisten kann, schon vorher tot zu sprechen. Die Milchhändler begründen ihre Auffassung damit, daß sie sagen, in allen Städten, wo derartige Zentren gegründet worden seien, hätten dieselben mit einem Frisko geendet. Der Direktor des Städtischen Schlacht- und Viehhofes, Herr Bayer s d ö r f e r, ist den Behauptungen der Milchhändler auf die Spur gegangen und hat auf Grund von beweiskräftigem Material festgestellt, daß fast alle diese bezüglichen Behauptungen der Milchhändler den Tatsachen nicht entsprechen. Aber selbst für den Fall, daß in dem einen oder anderen Orte eine Milchzentrale sich nicht hätte halten können, so wäre das noch lange kein Beweis dafür, daß das auch in Karlsruhe der Fall sein muß, schon deswegen nicht, weil wir bereits dargelegt haben, weil hier die günstigsten Voraussetzungen für die Gründung der Milchzentrale vorhanden sind.

Für unsere Partei hat diese Frage noch nach einer anderen Richtung hin eine ernste Seite. Ein großer Teil der kleinen Milchhändler steht unserer Partei sehr nahe, teils dadurch, daß sie eingeschriebene Mitglieder der Partei sind oder doch als sichere Wähler für die Partei in Frage kommen. Aus diesen Kreisen hat es nun an Anspielungen, daß sie auch einen Stimmzettel zu vergeben hätten, nicht gefehlt. Es muß nun u. E. um eine Sache sehr schlecht bestellt sein, wenn man mit Drohungen und sei es voreerst auch nur in verdeckter Form, arbeiten zu müssen glaubt. Die Vertretung unserer Partei in den Parlamenten ist zu jeder Zeit für berechnete Interessen der verschiedenen Berufsgruppen eingetreten. Das Interesse der Gesamtheit muß aber stets über das Interesse Einzelner gestellt werden. Das war bei uns bisher der Fall und wird auch für die Zukunft so gehalten werden.

Es ist überhaupt nicht richtig, daß durch die Errichtung einer Milchzentrale hunderte von kleinen Existenzen vernichtet werden. Erstens wird die zu errichtende Milchzentrale nicht einen derartigen Umfang annehmen, daß der kleine private Milchhandel vollständig ausgeschaltet

wird und zweitens steht es den Milchhändlern jederzeit frei, sich entweder an der Milchzentrale zu beteiligen, oder in die Dienste derselben zu treten.

Verjucht man sich mit den Milchhändlern über diese Frage auseinanderzusetzen, so wird auch von ihrer Seite zugegeben, daß die Art der Milchversorgung in Karlsruhe keine ideale ist und es wird auch nicht ernsthaft bestritten, daß Missetände bestehen. Von der Beteiligung an der Zentrale wollen aber die Milchhändler trotz alledem nichts wissen, weil sie selbständige, freie und unabhängige Geschäftsleute bleiben wollen, insbesondere wollen sie von der Stadtverwaltung nicht abhängig sein. Die Milchhändler befinden sich hier in einem fundamentalen Irrtum, indem sie annehmen, daß bei der zu gründenden Zentrale nur die Stadtverwaltung die maßgebenden Entscheidungen zu treffen hat. Neben der Stadt sind noch andere Gesellschaften vorhanden, die über ein Einlagekapital von 36 000 Mk., also nur 3 000 Mk. weniger als wie die Stadt selbst einlegt, verfügen. Dieser Umstand in Verbindung damit, daß auch das Gewerkschaftsstellvertreter-Gesellschaftler wird, könnte wohl von den Milchhändlern als eine Garantie dafür angesehen werden, daß es auch in der zu gründenden Zentrale möglich sein wird, berechnete Ansprüche der Angestellten zu vertreten. Sind denn übrigens die Milchhändler unter den heutigen Verhältnissen wirklich unabhängig? Wir meinen im Gegenteil, daß die meisten sich in einem großen Abhängigkeitsverhältnis von den Produzenten befinden; wie oft schon im Laufe der Jahre wurde ihnen von den Produzenten die Pistole auf die Brust gesetzt. Und mit der Freiheit, von der die Milchhändler reden, wir haben immer nur die Kleinen im Auge, ist es nicht viel besser bestellt. Vom frühen Morgen bis in die späten Mitternachtstunden müssen sie auf den Füßen sein, es tut einem leid, wenn man diese Leute in den späten Nachmittagen mit ihren Wägelchen durch die Stadt fahren sieht. Nach besonders großer Freiheit leben die derzeitigen Arbeitsverhältnisse unserer Milchhändler sicher nicht aus. Viel regelmäßiger würden sich ihre Arbeitsverhältnisse durch Anschluß an die Zentrale gestalten, sie hätten zweifellos eine wesentlich kürzere Arbeitszeit, als dies heute der Fall ist, sie würden sich viel freier fühlen und ihre Verdiensthverhältnisse dürften sich durch den Anschluß an die Zentrale kaum ungünstiger, als dies heute der Fall ist, gestalten. Die Milchhändler übersehen auch, daß die Errichtung einer Milchzentrale unter städtischer Mitwirkung keine künstliche herbeigeführte Mode ist, sondern es ist dies eine auf Grund der bestehenden Verhältnisse notwendig und dringend gewordenen Bedürfnis in unserer Stadt. Die Milchversorgung in unserer Stadt schreit gerade nach einer Verbesserung, die Milchzentrale muß kommen. Selbst wenn, was jedoch nicht anzunehmen ist, es gelingen würde, die jetzt vorgelegene Milchzentrale unter städtischer Kontrolle zu Fall zu bringen, dann bleibt für die Milchhändler immer noch die große Gefahr bestehen, daß von privater Seite eine solche errichtet wird und ob dann die Milchhändler besser fahren, ist eine Frage, die sich die Milchhändler zunächst einmal selbst vorlegen sollen.

Zusammengefasst kann gesagt werden, daß gar keine Rede davon sein kann, daß durch die Milchzentrale hunderte von Existenzen vernichtet werden, die Milchhändler brauchen sich bloß der neuen und notwendigen Betriebsform für die zukünftige Milchversorgung anzuschließen. In vielen Berufen sind im Laufe der Jahre durch verbesserte Maschinen Tausende von Arbeiter gezwungen worden, ihre jahrelang gewohnte und liebgewonnene Beschäftigung aufzugeben, sie mußten sich daran gewöhnen, unter anderen Betriebsformen zu arbeiten. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die Milchhändler auf Grund unserer Stellungnahme bei den Wahlen uns die Gefolgschaft verweigern würden. Sie würden dann nur sich selbst schaden und eventuell den Vork zum Gärtner machen; an der Sache selbst aber nichts ändern.

Wir kommen zum Schluß und sagen: Die Stellung, die unsere Vertretung auf dem Rathhaus einzunehmen hat, ist klar gezeichnet, sie wird der Vorlage zustimmen. Auch in der gemischten Kommission, in welcher die Vorlage zurzeit, hoffentlich nicht auf so lange Zeit, ruht, wird die Fraktion mitarbeiten und wirklichen Verbesserungsverbesserungen nicht zugänglich sein.

Von unsern Gegnern wird uns nur zu oft der Vorwurf gemacht, daß wir nur einseitige Interessen vertreten würden. Gerade bei der Behandlung dieser Frage zeigt es sich wieder mit großer Deutlichkeit, daß überall da, wo Interessen zum Wohle der Allgemeinheit zu vertreten sind, unsere Partei eine der eifrigsten und zuverlässigsten Vertreterin derselben ist.

langstechnisch auszunutzen, dürfte ihm mit mancher Gesangsnummer eine noch bessere Wirkung beschieden sein. Sein Walzer solo im ersten Akt hinterließ jedenfalls einen günstigen Gesamteindruck. Zu empfehlen wäre etwas mehr Zurückhaltung im „Ensemble“, während die anderen ihre Soli singen. „Anteilnahme durch stummes Spiel“ ist allerdings eine Kardinaltugend für jeden Kontinier; aber durch Hanswurstdiener aus dem Rahmen herauszutreten, ist — selbst für die Operette — unzulässig. Eine tatsächlich-famose Figur stellte Herr Lindbrunner als „Pomarell“ auf die Bühne. Der Regie entledigte sich in anerkennenswerter Weise Herr Robert, der auch für die brillante Wiedergabe des „Aubrais“ den gebührenden Beifall entgegennehmen durfte. Sehr vortheilhaft (besonders im 1. Akt mit der jeden Saarspielers) sah Hel. G. e. e. aus; auch künstlerisch erwies sie sich ihrer Aufgabe völlig gewachsen. Ein eleganter Leutnant war Herr Böhm als „René“. In dieser Partie fand er Gelegenheit, erstmals sein gesangliches Können im günstigsten Lichte zu zeigen. Er weiß seine Stimme, besonders nach der Höhe zu, immer sicher in der Herrschaft zu halten und konnte damit eine abgerundete, einseitige Leistung erzielen. Herr Becker zeichnete den „Charenec“ mit guten Strichen. Auch Frau Bauer als „Delphine“ und Hel. M. m. e. als „Rose“ verdienen Lob. Zur lebenswahren Typen gestaltete Herr F. e. s. o. l. d. den Oberkellner „Alexis“. Mit den höchsten Mitteln eines Komikers erreichte er hier Vorzügliches. Sein Piffolo „Emile“ war ihm in den Rollenrollen schon recht ebenbürtig. Die kleine Meier verriet in dieser Partie die viel natürlicheren Willkommensbegegnung, spielte schon recht gewandt und wußte als niedriger Kellnerjüngling beim Publikum zu gefallen.

Frauen-Versammlung.

Auf die heute Donnerstagabend 1/2 9 Uhr im „Salinen“ (Ludwigsplatz) stattfindende Frauenversammlung, in der Arbeitersekretär Gen. A. Sipp über: „Arbeiterinnen- und Kinderschutzbestimmungen in der Reichsgewerbeordnung“ sprechen wird, sei nochmals hingewiesen. Mit Rücksicht auf das wichtige Thema und auf die immer größer werdende Zahl erwerbstätiger Frauen und Mädchen wird ein zahlreiches Erscheinen derselben erwartet. — Die Mitglieder der Sektionsleitung, sowie diejenigen Frauen, welche bei den Ferienausflügen mitgewirkt haben, werden gebeten, zwecks wichtiger Besprechung um 8 Uhr zu erscheinen.

Die Behandlung der Eisenbahnpetition im badischen Landtag.

Letzten Sonntag vormittag fand im „Auerhahn“ eine vom Verband süddeutscher Eisenbahner einberufene Eisenbahnerversammlung statt, in der Landtagsabgeordneter Weber über: „Die Behandlung unserer Petition im Landtag“ sprach. Die Lohn- und Erhöhung, so führte Abg. Weber aus, die den Eisenbahnen gewährt wurde, schafft lange nicht einen Ausgleich für die in den letzten Jahren durch die famose Steuererhöhung verursachte Erhöhung der Lebensmittelpreise. Der Forderung auf Abschaffung der Steuerarbeit steht die Regierung ablehnend gegenüber. Die Behauptung des Ministers im Landtag, daß die Arbeiter im Staatsbetrieb lange nicht so ausgenutzt werden wie in der Privatindustrie, entspreche nach seinen Informationen nicht den Tatsachen. Es wird vielmehr im Staatsbetrieb genau so geschuftet, wie in der Privatindustrie. Der Forderung auf Einführung von nur 3 Ortsgruppen hat die Regierung ebenfalls nicht entsprochen. Eine Anzahl Stationen und Bahnmeistereien rückt wohl auf, bedauerlicherweise bleibe aber die 4. Ortsgruppe bestehen. Unverständlich ist auch die Haltung der Regierung gegenüber der Forderung auf Bezahlung des Lohnes bei militärischen Übungen auch für die Lebenden.

In der Frage der Regelung der Dienst- und Ruhezeit war der Landtag darüber einig, daß für alle Kategorien eine Verbesserung erfolgen müsse. Auf 1. Oktober sollen die neuen Bestimmungen vom Reichseisenbahnamt durchgeführt werden. In Bezug auf die Gewährung weiteren Urlaubes an die Arbeiter zeigt die Regierung kein Entgegenkommen. Es ist dies eine Haltung der Regierung, die beweist, daß wir eben in einem Klassenstaat leben, denn der Arbeiter, der genau wie der Beamte dem Staate seine Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, hat das gleiche Recht, den gleichen Urlaub zu verlangen, wie der Beamte. Unerlässlich ist, daß die Regierung es ablehnt, den freien Samstag am Samstag einzuführen, nachdem selbst der badische Generalinspektor, also der Beauftragte der Regierung, im badischen Landtag erklärt hat, daß es zu begrüßen sei, daß in der Privatindustrie mehr und mehr der freie Samstag einmündig eingeführt wird. Gegenüber der von den Arbeitern geforderten Lohnerhöhung um 30 Pf. stellte der Minister große Unterschätzungen an über die Belastung des Budgets um. Bei sonstigen Ausgaben, Dotationen, Gehaltskassen und dergleichen, hört man sie nie erst Reden anstellen.

Wenn der Minister weiter erklärt hat, daß in Bezug auf die Löhne Rücksicht auf die Privatindustrie genommen werden muß, so könne er (Redner) aus seiner Erfahrung als Arbeiter sagen, daß die Löhne in der Privatindustrie sich sehr gut mit denen der Staatsbetriebe messen können. Das einzige, was auf diesem Landtag für die Arbeiter erreicht wurde, ist, daß die Ortsgruppe meinteilung geregelt werden soll, daß die Einstellung als ständiger Arbeiter nach 14tägiger Dienstzeit durchgeführt und daß eine Lohnerhöhung von 20 Pf. gewährt werden soll.

Bei Berücksichtigung der Zusammenfassung des Landtags muß gesagt werden, daß nicht mehr erreicht werden konnte; die Arbeiter haben alle Ursache, diejenige Partei zu stärken, die immer entschieden die Arbeiterinteressen vertreten hat. Vor allem Dingen müssen sie auch ihre Hoffnung auf ihre Organisation setzen, denn die Selbsthilfe ist noch immer die beste Hilfe. — Den Ausführungen des Redners wurde lebhafter Beifall zuteil. In der Diskussion wurde betont, daß auch die Frage der wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiter eine wichtige Kulturfrage ist, die mindestens ebenso die Arbeiter interessiert, wie andere Kulturfragen, auf die bisher so großer Wert gelegt wurde. Nicht zum Vergnügen verlangten die Arbeiter 30 Pf. Lohnerhöhung, sondern einzig deshalb, um die Lebensmittelpaltung nicht noch weiter herabdrücken zu müssen. Neben Ausbaurung des Urlaubs und Gewährung des freien Sonntagsnachmittags erwarten die Eisenbahner besonders auch eine Änderung des § 9 der Lohnordnung im Sinne ihrer Forderungen. Wenn sich der Herr Abgeordnete Göhring im vorletzten Landtag geäußert hat, daß in der Hauptwerkstätte so viele alte Arbeiter vorhanden sind, so sei ihm gesagt, daß diejenigen Eisenbahnarbeiter, die Altersrente beziehen, an den Fingern abzogählt werden können. Allerdings sind sehr viele Arbeiter vorhanden, die zwar recht alt aussehen, aber in Wirklichkeit noch verhältnismäßig jung sind. Es gibt Leute bei der Eisenbahn, die mit 50 Jahren schon verwellt sind und vollständig weiße Haare haben. In Tarifverträgen für die Handelsreisearbeiter und die Hauswirtschaften sei vielfach ein 14tägiger Urlaub mit Bezahlung des Lohnes vorgesehen. Die Eisenbahner, die meistens gelehrte Arbeiter sind, haben alle Ursache, sich vor dem, was jene Arbeiterkategorien erreicht haben, zu schämen. Was der Landtag für die Arbeiter getan hat, wurde anerkannt, es war das allermindeste, was getan werden mußte. — Zum Schluß wies der Vorsitzende darauf hin, wie schwer es fällt, Verbesserungen zu erzielen. Stärken wir die Organisation, so werden wir weitere Erfolge erzielen, so schloß er die gut verlaufene Versammlung.

Parteibuchhandlung. Die Abonnenten der Zeitschrift „Freie Stunden“, Welt und Wissen“, „Durch alle Welt“, „Die Lebe“ werden gebeten, die Nummern der bis jetzt bezogenen Zeitschriften nachzuprüfen und für etwa fehlende Hefen die Bestellung sofort an die Buchhandlung Volksfreund, Luisenstraße 24, aufzugeben; desgleichen möge man für die Einbanddecken besorgt sein.

Eine Wohnung an die Postbeamten. Im Amtsblatt des Reichspostamtes wird den Beamten die schonende Behandlung der Pakete mit lebenden Tieren, Obst, Eiern, Pigarren aufs neue zur Pflicht gemacht. Insbesondere ist darüber zu wachen, daß die Pakete nicht geworfen, sondern von Hand zu Hand gegeben und so verladen werden, daß sie nicht zur Erde fallen können und keinem Druck ausgesetzt sind.

Aus der Handelskammer. In ihrer letzten Sitzung beschloß die Handelskammer, der längst ins Auge gefassten Erschließung eines eigenen Geschäftsgebäudes nunmehr näher zu treten. — Weiter beschloß die Handelskammer der badisch-lürkischen Vereinigung, die sich vor einiger Zeit in Berlin gebildet hat, als Mitglied beizutreten und den kürzlich ins Leben gerufenen deutschen Frachtarbeitsausschuss für das Rheingebiet durch einen finanziellen Beitrag zu unterstützen.

Vom Verein gegen Haus- und Straßentütel wurden im Monat Juni an durchziehende Wanderer 571 Unterjünglingen verabreicht.

Theater und Musik.

Interims-Sommertheater.

„Die keusche Susanne“.

Während am Dienstagabend drüben im Stadtgarten Flora, die Göttin der Blütenpracht, ihren Einzug hielt, zog gleichzeitig im Festspieltheater die keusche Susanne ein. Trotz der „scharfen Konkurrenz“, die die Stadtgartenkommission mit ihren Gartenveranstaltungen dem Theaterjaal macht, bestand es „Susannchen“ doch, den Saal wenigstens zufriedenstellend zu füllen. Es mag das als Beweis dafür gelten, daß das Bestreben des Direktor Grunwald, die Leistungen seines Ensembles in aufwärtsstrebende Bahnen zu lenken, Anerkennung findet. Die Wiedergabe von „Die keusche Susanne“ verdient diesmal das Prädikat: „zufriedenstellend“ — oft auch „gut“. Die Chöre klangen frisch; auch das Orchester war im Zusammenspiel von einseitigem Guß und ließ die straffe Leitung des uner müdlichen Kapellmeisters Weislopf deutlich durchblicken. Im Vordergrund des Abends stand Lona Vertys als „Susanne“. Stimmlich war sie allerdings keine Vera Schwarz; aber es wäre auch töricht, solche ausnahmsweise Erscheinungen im Operettenbetrieb künftig als Grundlage für den kritischen Maßstab in Anwendung bringen zu wollen. Was Lona Vertys aufzutreten auszeichnet, ist zunächst das Gewinnende ihres äußerlichen Personens, zu dem sich ein edler Charme und hinreichend ausgiebige Stimmittel gesellen. So kam der Hauptanteil am Erfolg auf ihre Seite. Herr Schwarz bildete das lebende Element als „Hubert“. Wenn er sich immer daran gewöhnen könnte, seine vorhandenen Stimmittel ge-

berühmte
Stuttg
Ludwig
in Kar
Stadt
Stabt
im vor
einer
von
borge
geste
Photog
Toren
neissen
lören
Prolet
denztr
läufig
allerdi
läufig
aufmer
nigfalt
ist. In
lungen
Bild de
an den
headt
fig, die
Gausfr
Nuffür
d e l
u n g
in Zug
senheit
langen
nielen
Waffen
ist über
auf eine
Linneng
herr M
ist ein
wird m
vier g
zu beha
wenigen
den eph
rufen m
Zede H
den Ex
möglich
beiterh
einem d
Vollst
Seite h
Monate
Summe
krimmen
trolle de
Witze fa
steigt be
anferer
eine imm
schen, un
der Aus
stellung
länger a
Eintritt
wird.
Barf
wendung
festion h
zumal be
durch den
von einer
nen, wob
erlernen
den hat.
Anfa
Berlin h
die enlit
längere
zu stillen
verheit.
jehnellu
vorgem
Mutes.
400 M.
Nagte w
erklärte
hebtlich
die Nach
des Barb
die Wun
* Be
Freitag
Prograt
die Natur
reide erl
springend
Auge vor
meten dar
sind zahl
freundes
den Film
ist, das
eines Be
über übr
effant un
dah gefog
Anprüch
Gen
* Laß
Sand v
Bertr
Delegier
berchied
tätigste
nach hat
zählt j
men und
1. Vorj
zum 2. W
Der näch

Erfolg eines jungen Karlsruher Malers. Der mittelmäßigste Kunstverein erwarb auf der großen Kunstausstellung Stuttgart 1914 das Gemälde „Der Wälderer“ von Kunstmalers Ludwig Hoffäh hier.

Die Beteiligung Freiburgs an der Jubiläumsausstellung in Karlsruhe. In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Stadtrat von Freiburg eingehend mit der Beteiligung der Stadt bei der Jubiläumsausstellung Karlsruhe 1916.

Pflanzung. Zu den verkanntesten und wohl auch am meisten verachteten Gewächsen des Waldes und der Wiesen gehören wohl die Pilze.

Zur Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Aus der Partei.

7. bad. Reichstagswahlkreis-Verein. Die Vertrauensleute der Mitgliedschaften werden ersucht, die Abrechnungen und Gelder bis längstens 20. Juli einzusenden.

Der Vorstand. J. A. P. Haberer, Offenburg.

Oberkirch, 18. Juli. In der am Samstagabend stattgehabten kombinierten Versammlung hielt Gen. Trinks, Karlsruhe einen Vortrag über den Bauernkrieg.

Oberkirch, 18. Juli. Die hiesige und auswärtige Arbeiterschaft wird darauf hingewiesen, daß der hiesige Arbeiterturnverein „Freiheit“ am 9. August ein Badfest feiert.

Marlen, 12. Juli. Am Sonntag, 12. Juli, fand im „Ochsen“ in Marlen eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt.

13. Reichstagswahlkreis. Diejenigen Mitgliedschaften, die ihre Abrechnung vom 1. Quartal 1914/15 noch nicht eingekauft haben, werden dringend ersucht, dieselbe längstens bis 20. d. M. einzusenden.

Der Kreisleiter. Wilh. Staiber, Bretten, Marktplatz 13.

Aus dem Lande.

Nastatt. Zur Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Aus der Partei.

7. bad. Reichstagswahlkreis-Verein. Die Vertrauensleute der Mitgliedschaften werden ersucht, die Abrechnungen und Gelder bis längstens 20. Juli einzusenden.

Der Vorstand. J. A. P. Haberer, Offenburg.

Oberkirch, 18. Juli. In der am Samstagabend stattgehabten kombinierten Versammlung hielt Gen. Trinks, Karlsruhe einen Vortrag über den Bauernkrieg.

Oberkirch, 18. Juli. Die hiesige und auswärtige Arbeiterschaft wird darauf hingewiesen, daß der hiesige Arbeiterturnverein „Freiheit“ am 9. August ein Badfest feiert.

Marlen, 12. Juli. Am Sonntag, 12. Juli, fand im „Ochsen“ in Marlen eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt.

13. Reichstagswahlkreis. Diejenigen Mitgliedschaften, die ihre Abrechnung vom 1. Quartal 1914/15 noch nicht eingekauft haben, werden dringend ersucht, dieselbe längstens bis 20. d. M. einzusenden.

Der Kreisleiter. Wilh. Staiber, Bretten, Marktplatz 13.

Aus dem Lande.

Nastatt. Zur Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

Bei der Milchfrage. Das Gewerkschaftsamt hatte auf Dienstagabend die Milchhändler von Waiblingen und Umgebung zwecks einer Aussprache über die Regelung bezw. Herabsetzung des Milchpreises von 22 auf 20 Pf. pro Liter zu einer Sitzung in den Kronenfaal eingeladen.

wegen des Gottesdienstes hat länger in der Schule bleiben müssen. 4. Es ist unwahr, daß zur Bestrafung von mir ein Schüler in ein anderes Schulzimmer genommen worden ist. 5. Es ist unwahr, daß in der Zeit um den 1. Juli ein Schüler von mir bestraft worden ist. 6. Es ist unwahr, daß ein Schüler von mir auf den Rücken geschlagen wurde.

Holzhausen (A. Rehl), 15. Juli. Die Landwirtschaftsleute Scheidecker liegen, während sie im Felde beschäftigt waren, ihr zweijähriges Kind schlafend in einem Kinderwagen am Stammbach stehen. Als die Mutter nach dem Kinde sehen wollte, war es verschwunden und der Kinderwagen war umgekippt. Nach längerem Suchen fand der Vater das Kind ungefähr einen halben Kilometer unterhalb des Ortes, wo der Kinderwagen gestanden hatte, tot im Stammbach.

Geddesheim (A. Weinheim), 15. Juli. An einem Neubau hat sich hier ein schweres Baumglück ereignet. Beim Festsetzen eines Gerüststeines gab plötzlich das Mauerwerk nach und der Stein stürzte ab, wo vier Maurer getroffen wurden. Drei Maurer erlitten schwere, zum Teil lebensgefährliche Verletzungen.

Tuffingen b. Salem, 15. Juli. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in das Anwesen des Landwirts Baptist Heger. Das Gebäude brannte vollständig nieder. Es konnten keine Fahnen gerettet werden.

Steinach i. N., 15. Juli. Beim Kirchenglockenstürzen der Landwirt Anton Köfer vom Baume ab und starb an den erlittenen schweren Verletzungen.

Meringingen, 15. Juli. Am Montagabend gingen mehrere schwere Gewitter über unsern Ort, welche sich wolkenbruchartig entluden und sehr großen Schaden anrichteten, viele Keller und die tiefer stehenden Häuser stehen unter Wasser. Der Blitz schlug zweimal ein, bei Witwe Dachauer und in einen Baum bei Kappel. Auch in Erlenbach schlug der Blitz in das Rathaus, doch zündete er nirgends. Das Unwetter hielt drei Stunden an.

Konstanz, 16. Juli. Die große Hitze hat auch am Bodensee Todesfälle verursacht. In Konstanz brach gestern der Kaufmann G. an, als er gerade in den Zug einstieg, auf dem Trittbrett zusammen und sank tot auf den Bahnsteig. Auch in Ulm wurde ein Fischer während des Fischfangs im Boot vom Schlag getroffen und tot ans Land gebracht.

Schaffner der Schwarzwaldbahn zu Wagenputzern befördert.

Man schreibt uns aus dem Oberland: Vor einigen Monaten erhielten die Stationen, an denen Schaffner der Schwarzwaldbahn stationiert sind, von der Betriebsinspektion Billigung in einen Befehlshand-Eintrag, in dem es hieß, daß die Schaffner nach Durchfahren der Tunnel und vor den Haltestationen die Handgriffe abzureinigen haben, damit sich die Reisenden die Hände nicht beschmutzen. Die Kustwolle ist auf der Heimfahrt zu fassen. Die Sache ist nun durch einen neuen Befehlshand-Eintrag in Erinnerung gebracht worden. Der neue Eintrag lautet folgendermaßen:

Station 10. Juli 1914. Reinigung der Handgriffe an Personenzugwagen betr.

Auf der Schwarzwaldbahn sollen die Handgriffe der Personenzugwagen in den Zügen während desfahrens oder auf den Zwischenstationen durch die Zugschaffner gereinigt werden. Die letzteren erhalten deshalb nachbarschaftliche Rührblätter. Die Rührblätter sind bei Hilfsamtsdiensten . . . gegen Beschmutzung in Empfang zu nehmen und nach Gebrauch wieder abzugeben.

Dabei wird darauf aufmerksam gemacht, daß die einzelnen Verbraucher (Schaffner) für die ihnen übergebenen Rührblätter verantwortlich sind, und daß die Abgabe von reinen Tüchern nur gegen Rückgabe der gebrauchten erfolgt. Für jedes verlorene Tuch hat der Schuldige einen Ersatzbetrag von 15 Pf. zu entrichten.

Ein Rührblatt soll acht Tage ausreichen. Schaffner.

Wir haben es also nun glücklich soweit gebracht mit dem Sparplan nach unten, daß wir alte Leute, bis zu 80 Jahren, noch Wagenputzer geworden sind. Hat die Station Billingen wirklich einen Mann zur Verfügung, um während des Aufenthaltes der Züge, der 6 Minuten währt, die Handgriffe abzureinigen zu lassen? Sind wirklich die Herren der Meinung, der Schaffner hätte sonst nichts zu tun? Hat der Schaffner nicht öfters Fahrkartenmachungen vorzunehmen, Auskunft über Anschlüsse zu geben? Welches ist nun das Wichtigste?

Wie sieht nun die Sache aus während der Fahrt? In der Dienstausweisung für das Zugbegleitungspersonal steht in § 13 1. und 2.: „Das nicht durch den Dienst bedingte Gerummelstern am fahrenden Zug, das Stehen und Sitzen auf Lauf- und Aufsteigritzen ist zu unterlassen, und ferner die Dienstgeschäfte sind zu einzurichten und derart zu betreiben, daß das Zugbegleitungspersonal dem ihm während der Fahrt zugewiesenen Platz möglichst vor Inangriffnahme des Zuges einnehmen kann.“

U. S. W. Ist das Rufen wirklich so dringend, daß sich der Schaffner während der Fahrt den größten Gefahren aussetzen muß?

Wir glauben kaum, daß die Generaldirektion dies verlangen kann; wir zweifeln überhaupt daran, daß sie Kenntnis von der Sache hat.

Da uns der Beschwerdebeweg auf die Generaldirektion, der durch dieselben vorgelesen, die die „Verordnung“ erlassen, haben müßte, in diesem Falle selbstverständlich verflochten ist, sehen wir uns genötigt, obige Verordnung auf diesem Wege der Generaldirektion zur Kenntnis zu bringen. Wir hoffen, daß die Generaldirektion schon auf Grund der wenigen hier angeführten Einwände ohne weiteres veranlaßt, daß die Verordnung sofort außer Kraft gesetzt wird.

Die Arbeiterwochenkarten und unsere Eisenbahn-Bureaucratie.

K. Sehr schwer fällt es bei unserer Eisenbahnbureaucratie, einen Fortschritt in tariflicher Hinsicht einzutreten zu lassen. Es fehlt hierbei wohl weniger am guten Willen, als vielmehr an einem gesunden Sinn für die Bedürfnisse des praktischen Lebens. Insbesondere muß man dieses mangelnde Verständnis hinsichtlich der Frage der Arbeiterwochenkarten feststellen. Schon seit langem verlangt die Arbeiterschaft, daß die Tage, an denen der Wochenkarteninhaber aus irgend einem Grunde verhindert ist, seine Karte zu benutzen — Krankheit, Arbeitsmangel, Unwetter bei Bauarbeiten usw. — einfach nachgehoben werden können. Gegenwärtig erstreckt die Gültigkeit der Wochenkarte eben einfach in 6 bzw. 7 Tagen nach deren Lösung, einerlei, ob die Karte abgehoben ist, oder nicht. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat schon wiederholt das Verlangen nach Verlängerung der Gültigkeit der Wochenkarten gestellt, ohne daß das Vorgehen etwas gefordert hätte. Erneut kam die Frage ins Rollen durch die Ankündigung der Firma Gröbner-Durlach, daß wegen Arbeitsmangel am Samstag jeweils der größere Teil der daselbst Beschäftigten ausreisen müßte. Daraufhin wurden die Genossen Kurz und Weber in der Generaldirektion dorthin, um oben genannten Wunsch erneut zum Vortrag zu bringen. Jedoch verhielt man sich dazu wieder ablehnend und begründete dies mit der

Schwierigkeit der Fahrkarten-Kontrolle. Dagegen erklärte man sich bereit, die 5-tägige Wochenkarte einzuführen.

Obwohl die Arbeiter es lieber gesehen hätten, wenn ganz allgemein die Gültigkeit der Wochenkarten verlängert worden wäre, begrüßte man die Ankündigung auf Einführung der 5-tägigen Wochenkarten in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß diese Karten ebenso wie die andern jeden Tag lösbar sein würden.

Wie lange noch wird es dauern, bis man an maßgebender Stelle einseht, daß ein solcher Zustand einfach unhaltbar ist, ein Zustand, der nach Abhilfe geradezu schreit.

Neues vom Tage.

Darmstadt, 7. Juli. Bei dem Bau der Zeppelin-Luftschiffhalle ereignete sich heute ein schwerer Unfall; der an einem

Eisengerüst beschäftigte Schlosser Auracher stürzte herab und verletzte sich so schwer, daß er bald darauf starb.

Schwerer Unfall bei einer Schießübung. Berlin, 15. Juli. Beim 3. Gardebataillonregiment, das sich zurzeit in Döberitz befindet, ereignete sich gestern ein schwerer Unfall.

Letzte Nachrichten.

Textilarbeiter-Aussperrung. Kottbus, 15. Juli. Die Arbeitgeber der Niederlausitz erlassen eine Erklärung, worin betont wird, daß es sich bei den Forderungen der Walker und Walkereiarbeiter um die Forderung einer Lohnverhöhung aller Arbeiter handle.

Der Kampf um die Steuern. Paris, 15. Juli. Die Meinungsverschiedenheiten über einige Hauptpunkte des Budgets für 1914 bestehen zwischen Senat und Kammer noch immer.

Reichstagswahl. Stuttgart, 15. Juli. Die Reichstagswahl im Reichstagswahlkreis Ravensburg findet am 21. August statt.

Vom Reichner Wals. Paris, 15. Juli. Unter dem Titel: 'Warum habe ich mich nicht gestellt?' veröffentlicht der 'Figaro' ein Schreiben des Karlsruher Wals, in dem dieser in der schärfsten Weise das Reichsgericht angreift und u. a. schreibt: Ich weiß, ich habe versprochen, nicht zu fliehen.

Albanischer Notfriere. Rom, 15. Juli. Der Bürgermeister von Balona und der Präsident des albanischen Nationalkomitees haben an die 'Tribuna' eine Depesche gerichtet, in welcher sie mitteilen, daß griechische reguläre Soldaten in der Kleidung von Epiroten die Grenze überschritten und bereits Hunderttausende von Albanesen gezwungen haben, ihre Heimstätten zu verlassen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Genossenschaftliches und Soziales: Hermann Kabele; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Bauschlossler.) Freitag, 17. Juli, abends 6 Uhr, in der 'Gambriushalle' allgemeine Versammlung. 2410

Wasserstand des Rheins. 16. Juli. Schusterinsel 3.28 m, gef. 7 cm, Rehl 3.99 m, gef. 12 cm, Maxau 5.99 m, gef. 5 cm, Mannheim 5.64 m, gef. 2 cm.

Werbt fortwährend neue Abonnenten!

Deutscher Metallarbeiterverband. Verwaltungsstelle Karlsruhe. Freitag, den 17. Juli, abends 6 Uhr, in der 'Gambriushalle' allgem. Bauschlosserverammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Karlsruhe. Sonntag, den 19. Juli 1914 findet bekanntlich unser Ausflug nach Heidelberg statt.

Schmirgler. Offerten unter D H 313 an Rudolf Mosse, Dresden. 2402. Hausfrauen verlangt nur die prämierten Triumph-Feueranzünder der Chemischen Präparate- und Feueranzünder-Fabrik Durlach. 2394

Halt! Warum kaufen Sie kein Nordlandrad. Prima Fabrikat mit langjähriger Fabrik-Garantie. Nr. 8 mit Innenlötlung } 48.00 mit Jahresgummi } 3 Jahre schriftliche Garantie.

10% Rabatt auf sämtl. braunen Herren-, Damen- und Kinderstiefel, sowie Sandalen, solange der Vorrat reicht. 5% Rabatt auf sämtliche schwarzen. 2408. Schuhwaren! 1 Kasten Damenstiefel u. Halbschuhe in braun und schwarz, solange Vorrat... jedes Paar 5 Mk. Madlener, Rüppurrerstr. 20.

Lessingschule. Fichteschule. Höhere Mädchenschule mit Mädchengymnasium, Sofienstraße 143, Karlsruhe. Eltern, die ihre Töchter im kommenden Schuljahr 1914/15 der Höheren Mädchenschule oder dem Mädchengymnasium übergeben wollen, werden dringend gebeten, diese jetzt schon anzumelden.

Sommertheater. Donnerstag den 16. Juli. 8 1/2 Uhr: 4. Gastspiel von Fräulein Dora Berty vom Central-Theater in Dresden. 2387. Der liebe Augustin. Pfannkuch & Co. Ein Wagon Malta-Ersatz gelbsteifliche Salat-Kartoffel 3 Pfund 25, 10 Pfund 80. Neues Delikateß-Sauerkraut 1 Pfund 16 Pfg. bei 5 Pfund 15 Pfg. Ein weiterer Wagon Holländer Schlangengurken 15, Frische 2406. Bohnen 25. Pfannkuch & Co. C. m. b. H. den bekanntesten Verkaufsstellen.

Tüchtiger Beizer Gegen Zahnschmerz. Blascolin in die Ohren. Erhältlich in allen Apotheken u. Drogerien.

Druckarbeiten. Grob. Direktion der Lessingschule: J. B. Kopper. der Fichteschule: Meßger. alle Art liefert schnell und billig. Buchdruckerei Koltschreund.

Kinderwagen (Dreiwägel), gut erhalten, ist billig zu verkaufen. Dagsfeld, Planfenlocherstr. 2. Symbolstr. 19. III. b., ist ein freundl. möbl. Zimmer leicht zu vermieten.

Die Rest-Preise sind bekanntlich ohnehin schon sehr billig, sodaß der hohe Rabatt, der auf dem Kassenzettel in Abzug gebracht wird, umsomehr ins Gewicht fällt!

Große Mengen Rester haben sich angesammelt in den Abteilungen:

**Kleider- und Kostüme, Seidenstoffe
Waschstoffe, Herren-Anzugstoffe, Bett-
bezug- u. Wäschestoffe, Aussteuerartikel
Gardinen, Dekorations-Stoffe, Linoleum.**

Inventur-Ausverkauf!

Freitag — Samstag, den 17. und 18. Juli

2396

2 Rester-Tage mit 33 1/3 Proz. Rabatt

W. Boländer Kaiserstrasse 121.

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Von heute an habe ich in

Mühlburg, Rheinstr. 48

ein

Schuhwaren - Geschäft

eröffnet. Ich führe von den billigsten bis zu den feinsten Sorten für jeden Stand in größter Auswahl zu stannend billigen Preisen.

Schuhhaus Schwarz

Mühlburg, 48 Rheinstraße Nr. 48.



Fliegenfänger

Marke „Schwapp“

per Stück 5 Pf.

Marke „Patsch“

3 Stück 10 Pf.



Volks-Schuhreparatur

36 Waldhornstraße 36
Ede Marktgrabenstraße
früher Bähringerstraße 18,
liefert sämtliche Arbeiten in be-
kannt guter Qualität.

Herren-Sohlen und Abfüge
Mark 3.00

Damen-Sohlen und Abfüge
Mark 2.10.

Auf jede Reparatur kann ge-
wartet werden. 741

„Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität“

Mitgliedschaft Daylanden.

Zu dem am Samstag, den 18. und Sonntag, den 19. Juli in der „Festhalle“ stattfindenden

10 jährigen Stiftungsfest

laden wir Freunde und Gönner unserer Sache höflichst ein.

Fest-Programm:

Samstag, den 18. Juli: Preislegen und gemüthliche Unterhaltung für die Mitglieder in der Festhalle.

Sonntag, den 19. Juli: Um 11 Uhr Frühkonzert im Karlsruher Hof. Um 1/3 Uhr Festzug. Darauf Gartenfest in der Festhalle; darauf Festrede des Genossen Gauleiter R. p. n. anschließend Musik, Gesangsvorträge, Preislegen, Preisstiefeln und Glücksrad.

Abends von 8 Uhr an Festball mit Ehrung der Gründer bezw. 10 jährig. Mitglieder, sowie Kunst- u. Reigenfahren

Die Festkommission.

2395

Aluminiumwarenfabrik sucht

tüchtigen Planierer

der auf Feld-Rohgeschirre und

Feldflaschen bereits eingearbeitet

ist. Offerten unter **D F 311** an

Rudolf Woffe, Dresden. 2400

Spottbillig

kaufen Sie neue und getragene

Anzüge schon von 5 Mk. an,

Joppen, Hosen von 1.50 Mk. an,

Damen- und Kinderkleider,

K. Anzüge v. 3 Mk. an, Schuhe,

ca. 200 Paar, v. 1-5 Mk. nur bei

Gloizer, Marktgrabenstr. 3.

Stenotypistin,

alt. Fräulein, mit Kenntnissen

in Korrespondenz (eb. französisch)

nach auswärts,

Maschinenreiberin

und Stenographin

zu sof. Eintritt für hier gesucht.

Städtisches Arbeitsamt

(weibl. Arbeitsnachweis)

Bähringerstr. 100, 2. Stod.

Laden

für Zigarren-Spezialgeschäft geeignet, zu mieten und erbitten Offerten mit genauen Angaben unter **C. G. G.** an die Expedition dieses Blattes. 2398

Ausziehtisch

massiv, sehr billig zu verkaufen. Ruisenstraße 16, Stb. 2411

Nähmaschine

noch neu, zu verkaufen. Gardistrafte 4a, Stb., 1. St., t.

Saison-Ausverkauf

Fast sämtliche Waren sind bedeutend herabgesetzt.

Soweit Vorrat.

Eilige Beispiele:

Soweit Vorrat.

Lange Damen-Halbhandschuhe durchbrochen, je nach Preislage gemustert oder glatt Paar jetzt	15	25	75
Lange Damen-Fingerhandschuhe je nach Preislage glatt oder durchbrochen Paar jetzt	35	75	95
Damen-Handschuhe, kurz je nach Preislage Garn, Milanese oder Flor Paar jetzt	25	65	1.10
Damen-Strümpfe Baumwolle, schwarz oder ledfarbig, teils mit verst. Fersen und Spitzen Paar jetzt	25	40	50
Damen-Strümpfe durchbrochen, solide Flor-Qualitäten, in schönen Mustern Paar jetzt	65	95	1.25

Damen-Strümpfe Flor oder Macco, solide Qualitäten, mit Doppelfersen und Spitzen Paar jetzt	75	90	1.10
Herren-Socken solide Qualität, je nach Preislage Garn, Macco, Flor oder Schweiss-Socken Paar jetzt	25	40	65
Herren-Trikothemden je nach Preislage mit oder ohne Piqué-Einsatz Stück jetzt	1.20	1.75	2.45
Herren-Trikothosen je nach Preislage glatt oder porös Stück jetzt	90	1.40	1.75
Herren-Netzjacken je nach Preislage fein- oder weitmaschig Stück jetzt	35	50	70

Kinder-Sweaters
in verschiedenen Größen
durchweg Stück jetzt **50**

Kinder-Söckchen
bis 12 Jahre passend, mit
kleinen ausgeb. Fehlern
durchweg Paar **15**

Kinder-Söckchen
Wollrand, bis 12 Jahre
passend, durchweg Paar **35**

Herren-Söckchen
reine Wolle, gewebt, teils
bestickt und gezwickelt
Paar **75**

Herren-Trikot-Oberhemden
mit Piqué-Einsätzen
Stück jetzt durchweg **1.65**

Hermann Tietz

Damen-Direktoire-Hosen
solide Qualität, in allen
Farben Stück jetzt **75**

Saison-Ausverkauf

Außergewöhnlich billige Kaufgelegenheit für Sommer, Reise und Ferien. Verkauf solange Vorrat.

Ein Posten Damenkostüme aus englisch gemusterten Stoffen, Sommersais. 1914 für die Reise geeign. jetzt	9⁷⁵	Ein Posten Damenkostüme aus englisch gemusterten und marineblauen Stoffen für die Reise geeign. jetzt	13⁵⁰	Ein Posten Damenkostüme auch moderne Sportfarben und marineblau, für die Reise geeignet. . . jetzt	19⁷⁵
Ein Posten Frotté-Kostüme farbig und weiss, Sommer-Saison 1914, früher bis 97.50 jetzt	16⁵⁰	Ein Posten Frotté-Kostüme farbig und weiss, Sommer-Saison 1914, früher bis 39.00 jetzt	23⁵⁰	Ein Posten Frotté-Kostüme hochelegante Fassons, Sommer-Saison 1914, früher bis 62.00 . . . jetzt	36⁰⁰
Ein Posten Damen-Hüte mod. diesjähr. Form. jetzt Ein Posten garnierte Kinder-Hüte für jedes Alter . . . jetzt	75	Ein Posten Damen-Hutformen f. Lützen- u. Tagalgeflechte Ein Posten Garnierte Kinder-Hüte gute Geflechte und volle Garnitur jetzt	1⁴⁵	Ein Post. Damen-Hutformen , schwarz u. farbig in feinen Geflechten jetzt Ein Posten Kinder-Hüte mit Blumen und Spitzen garniert jetzt	2⁵⁰
Ein Posten garnierte Damen-Hüte mit Spitzen-, Band- und Blumen-Garnituren, ausserordentlich preiswert jetzt	2⁷⁵	Ein Posten garnierte Damen-Hüte eleg. u. reiche Garnituren, früher bedeutend höheren Preis jetzt	4⁵⁰	Ein Posten garnierte Damen-Hüte flotte Garnituren, ohne Rücksicht auf den früheren Preis jetzt	7⁵⁰
Ein Posten bestickte Voile-Bordüren ca. 110 cm breit, uni und weiss, nur neueste Ware statt 2.95 Meter jetzt	1⁹⁵	Ein Posten bestickt Voile weiss, Streublumenmuster, nur neueste Ware, statt 3.75 Meter jetzt	2⁸⁰	Ein Posten Seiden - Crêpons ca. 100 cm breit, aparte Farben, Original französ. Ware Meter jetzt	3⁴⁵
Ein Restposten Frotté-Damassé ca. 120 cm breit, nur mod. Ware Meter jetzt	2²⁵	Ein Restposten Kostümleinen ca. 130 cm breit, weiss-schwarz gestreift, nur mod. Ware Meter jetzt	1⁷⁵	Ein Restposten Französ. Crêpon weiss und farbig, mit mercerisierten Streifen nur mod. Ware Meter jetzt	85
Ein Posten Kostüme Stoffe reine Wolle, ca. 180 cm breit Meter jetzt	2²⁵	Ein Posten Crêpinglé ca. 105 cm breit, schöne Strassenfarben, moderne Ware Meter jetzt	1³⁵	Ein Restposten Wollbatist Reine Wolle, ca. 110 cm breit, enorm billig Meter jetzt	90

Grosse Posten Trikotagen Solange Vorrat Einsatzhemden Stück 0.95 Herren-Garnituren (Hose u. Jacke) buntfarbig, durch Sonne etw. beschädigt jetzt 1.60 Touristenhemden mit abnehmbaren Kragen zur Hälfte des früheren Verkaufs-Preises Herrenhemden, maccofbg., etw. angetrübt zur Hälfte des früheren Verkaufs-Preises	Grosse Posten Strümpfe Solange Vorrat Florstrümpfe schwarz Paar 0.60 Florstrümpfe in vielen Farben Paar 0.65 Damenstrümpfe schwarz u. buntfarb. m. kl. Fehlern od. d. Sonne beschädigt Paar 0.35 Kindersöckchen mit Seidenzwinkel, bis Grösse 5 Paar 0.35	Grosse Posten Handschuhe Solange Vorrat Halbhandschuhe kurz, weiss und farbig Paar 0.15 Seidene Halbhandschuhe kurz 2 Knopf, Sommerfarben und weiss Paar 0.45 Seidene Schlupfhalbhandschuhe 3/4 lang, weiss crème Paar 0.45
---	---	---

Ein Posten
Reinseid. Paillette
in apartesten modernen Farben **jetzt** Meter **1.25**

Ein Posten
Gemusterte Rohseide
Tupfen und Streifenmuster ca. 53 cm breit **jetzt** Meter **1.20**

KNOPF

Robespierre-Serviteurs für Herren und Knaben, offen u. geschloss. zu tragen Stück **0.50**

Robespierre-Kragen für Herren, an jedes Hemd zu knöpfen Stück **0.50**

Auf sämtliche Herren-Sommer-Konfektion Lüster-Joppen etc. etc. **10%**

Die **Flaschenbiere** der **Huffenkreuz-Brauerei**
direkt vom Lagerfaß gefüllt **bekommen vorzüglich.**
2403

Ia. Kunst-Speise-Fett
Angenehmster und billigster Butterersatz zum Braten, Kochen und Backen.
In allen Filialen stets frisch erhältlich. 2005
Das Pfund zu **65 Pfg.**
5 Pfd.-Dose per Pfd. 60 Pfg.; 10 Pfd.-Eimer per Pfd. 58 Pfg.; 20 oder 40 Pfd.-Eimer per Pfd. 56 Pfg.
:-: Grosser Versand nach auswärts. :-:
Gebrüder Hensel, Hoflieferanten, Karlsruhe i. B.

Wegen vorgerückter Saison werden sämtliche **Restbestände** in besseren **Herren-Kleiderstoffen** 1545 enorm billig abgegeben.
Sehr lohnend f. Wiederverkäufer.
Kaiserstr. 133, 1 Treppenhoch
Ede Kaiser- und Kreisstr.
Kaiserstr. 13/15, 4. St. rechts ist gut möbliert. Zimmer sofort zu vermieten.

Pfannkuch & Co.
Eintreffend:
Bodenfee-Blaufelchen
Pfd. **1.20** M.
Nur in den Filialen mit Stadtverband:
Akademiestraße
Telephon 1213.
Kaiserallee Ede Poststr.
Telephon 3356.
Eisenlohrstraße 2403
Telephon 1282.
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
In den bekanntesten Verkaufsstellen

Guter Mittagstisch 2356
von 60 Pfennig an
46 Augartenstr. 46
Restauration (früh. Biffinger).
Vollständ. Betten 25 u. 30 M.
Chaiselongue (rot), verstellb., 20
Nachtlager 2.50 M., Schreib-
tischauszug m. Ständer, 97 cm lang,
3 M., Klüppelstisch, Waschtisch,
Kommode, Trumeau, Schrank,
kleiner Herd sehr billig. 2354
Ludwig Wilhelmstr. 18, Hof

Grammophon
vollkommen neu, inkl. Platten, bedeutend unter Preis, zu verkaufen. Off. unt. 2079 an die Expedition des „Volksfreund“.

Bucherer 2306
empfiehlt
Nordhäuser
Liter **90** s
bei 5 Liter **85** s

Anseh-Branntwein
Liter **80** s
bei 5 Liter **75** s

Candis
Pfund **35** s
bei 3 Pfd. **34** s
Weinessig
Liter **28** s
bei 5 Liter **26** s

Bucherer
in sämtlichen Filialen.

No. 1
Aufgabe täg
Preis 5; am
Die h
Sech
Es fiel
schwerer
durch ihre
von der
brauch ma
Ausperu
schaft die
findlichen
der Arbeit
wollen Sam
den Sam
digt wor
Im Kr
stert ur
beiterchaf
sie auch d
werfen un
und die A
gern, so k
Wir wisse
beiden Se
Wir wisse
Opfer von
friege kau
schiede, un
tatsächlich
äußersten
die Dinge
Forderung
Arbeitgebe
ihnen so
Dreihigta
Die F
absolute L
Aber es i
blättern, i
Scharma
eigentlich
Männer a
Grund, d
Burgeln i
sehr ach
aus. Sie
keit der
lungen i
funftskaa
ten den
So dr
Bestellun
wohl dere
rückzuehr
begreiflich
freundlich
den, men
wegen 30
Die beide
nis zu ei
die berich
Unbefang
ständnis
Man
stellen,
industrie
Einen M
bezw. 25
Teil eine
tig keine
Fribolität
tet bei de
und erbä
ständlicher
heiratet i
Mitglie
genwärtig
Berechnu
zwar ang
Marf. C
würde di
nicht e
nen sie ab
als 19 M
destlohn
eine wö
fage und
6 Arbeit
18 Mf. f
höchste
nehmen
die Tert